

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Maude Rufi: Eine Uhrmacherin will Lohngleichheit. Seite 2

**Der SPD linke
Beine machen**

Hans-Jürgen Urban
von der IG Metall im
Interview. Seiten 8-9



**Ändere die Welt,
sie braucht es!**

Der work-Report vom
Weltsozialforum in
Brasilien. Seite 11

**Mehr Licht auf
Polit-Millionen**

Dank den Jusos wird
Schwyzer Politik bald
transparenter. Seite 6

**Ciao
ciao,
Italia!**

Was ist bloss in Italien
los? Die qualifizierten
Jungen wandern aus.
Und der Rest wählt
rechts. Seiten 4-5

**Diesmal
im work-
Ratgeber:**

**Hilfe,
mein Chef macht mich zum
Affen!**

**Kleider-Vorschriften: Was die Firma
befehlen darf und was nicht** Seiten 12-13



workedito
Marie-Josée Kuhn

«Mittelschicht, Schnauz, unverändert seit Jahrzehnten»: so beschrieb einst die NZZ den obersten Gewerkschafter der Schweiz. Doch der Konservatismus bei Paul Rechsteiner zeigt sich nur in seinem Äusseren. Im Herzen ist der rote Paul ein Klassenkämpfer. Mutter Putzfrau, Vater Hilfsarbeiter, Anwalt der kleinen Leute, mit 34 im Nationalrat, mit 46 Chef des Gewerkschaftsbundes, seit 2011 St. Galler Ständerat. Schnell-steile Karriere. Nur der Schnauz blieb stets an Ort. Doch jetzt will er gehen. Zwar tritt Rechsteiner bei den nächsten Ständeratswahlen wieder an. Aber beim SGB ist im November Schluss: Es sei Zeit für einen Generationenwechsel, sagt er.

HEIKEL. Zwanzig Jahre hat Rechsteiner den Flohsack Gewerkschaftsbund zusammengehalten. Kein kleines Kunststück. Doch er tat es mit Integrität und Integrationskraft. Die konnte er auch gut gebrauchen, denn unter seiner Führung hat sich die Gewerkschaftslandschaft mächtig verändert. Seit der Fusion der Gewerkschaften Smuv, GBI und VHTL zur Unia ist diese das grösste und (finanz)stärkste Pferd im SGB-Stall. Nicht immer zur Begeisterung der kleineren Verbände. Umso diffiziler dürfte die Wahl von Rechsteiners Nachfolge werden.

PAPABILI. Eine Nachfolgerin sähen viele gern. Im nationalen Parlament sollte die Frau idealerweise auch sein. Und wäre sie auch noch Präsidentin eines Verbandes, hätte sie sicher gute Chancen. In dieses Raster passt Barbara Gysi. Die St. Galler SP-Nationalrätin präsidiert den Bundespersonalverband und wäre, wie es in den Wandelhallen wispern, dem Amt auch nicht abhold. Unia-Industriechef Corrado Pardini ist zwar keine Frau, doch seine grosse Erfahrung als Gewerkschafter und Politiker machen ihn zum Papabile. Eher unwahrscheinlich ist ein Wechsel von Unia-Chefin Vania Alleva ins höchste SGB-Amt. Sie ist derzeit zwar SGB-Vizechefin, zusammen mit SEV-Chef Giorgio Tuti. Doch was täte die Unia ohne ihre Präsidentin? Regula Rytz ist zwar ein wohlklingender Name, doch die Grünen-Chefin wird ihre Partei kaum jetzt verlassen, wo es dieser so gut läuft. Und die Romands? Da ist etwa der Walliser Gewerkschaftsbundschef und SP-Nationalrat Mathias Reynard. Er ist jung, Unia-Mitglied und am Widerstand gegen SVP-Freysinger gewachsen. Noch bleibt Zeit. Und vielleicht küsst der SGB-Kongress Ende Jahr ja eine Quereinsteigerin oder einen Quereinsteiger. Schliesslich war auch Rechsteiner bei seiner Wahl ohne Hausmacht eines Verbandes.

Erste Lohngleichheits-Initiative im Jura eingereicht Ein grosser Tag für die Uhrenarbeiterin Maude Ruffi

Statt der nötigen 2000 Unterschriften kamen problemlos deren 3400 zusammen: Am 8. März trugen sie die Frauen in Delémont zur Staatskanzlei. Die erste Lohngleichheitsinitiative ist lanciert.

SABINE REBER

Maude Ruffi (39) hat ihr pinkiges Egalité-T-Shirt über den dicken Pulli gezogen. In Delémont scheint am Frauentag die Frühlingssonne nur zaghaft, als ein Dutzend Frauen und Männer die Kartonkisten mit den Unterschriften für die erste Lohngleichheitsinitiative zur Staatskanzlei tragen. Die Unia Transjurane hat diese im Juni 2017 lanciert. Sie verlangt ein kantonales Gesetz, welches das nationale Gleichstellungsgesetz ergänzt. Dieses soll festlegen, wie die Lohngleichheit in den Betrieben kontrolliert und die Frauenlöhne an die Männerlöhne angeglichen werden sollen.

Die erste Lohngleichheitsinitiative ist also eine Art Umsetzungsinitiative. Seit 37 Jahren steht die Lohngleichheit zwar in der Verfassung. Aber immer noch verdienen die Frauen in der Schweiz im Schnitt zwanzig Prozent weniger als die Männer. Im Kanton Jura sind es sogar 23 Prozent weniger. Kein Wunder, ist der heutige Tag für Ruffi ein grosser Tag. Sie sagt: «Ich bin sehr stolz, dass wir so viele Unterschriften gesammelt haben.» Für eine kantonale Initiative braucht's im Jura 2000 Unterschriften, über 3400 sind zusammengekommen. Sogar auf dem Weg zur Staatskanzlei haben noch Leute unterschrieben.

DAS WASSER AM HALS

Stolz ist an diesem Frauentag auch Eric Ruffi – nämlich auf seine Tochter. Er ist pensionierter Gewerkschafter und war lange Jahre Unia-Regionalpräsident im Jura. Mit ihm sei sie schon als Mädchen am 1. Mai-Umzug mitgegangen, erzählt Maude Ruffi. Als sie zuerst eine Lehre als Dentalhygienikerin begann und bald darauf in den Ver-



HOFFUNGSFROH: Maude Ruffi freut sich auf mehr Gerechtigkeit.

FOTO: STÖH GRÜNING

kauf wechselte, war es für sie denn auch selbstverständlich, in die Gewerkschaft einzutreten. Die Lohngleichheit ist der Uhrenarbeiterin ein besonderes Anliegen, denn sie

«Wir müssen über unsere Löhne reden.»

MAUDE RUFFI, UHRENARBEITERIN

weiss aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, zu wenig zu verdienen. Ruffi erzählt: «Am Anfang arbeitete ich für 2800 Franken brutto in einer kleinen Boutique in Neuenburg, ohne 13. Monatslohn. Ich musste mich verschulden, um alle Rechnungen bezahlen zu können.» Männer würden sicher nicht für solche Löhne arbeiten, ist sie überzeugt. Darum sei der Kleider- und Schuhverkauf praktisch eine reine Frauendomäne. Später wechselte sie zur Modekette Yendi, «da bekam ich 3700 Franken brutto, und einen 13. Monatslohn.» Damit kam sie durch, aber um die Schulden zurückzahlen, reichte es immer noch nicht. Vor fünf Jahren

dann bekam sie eine Stelle bei Ernest Borel, einer kleinen Uhrenfirma im jurassischen Le Noirmont. Ihr Job ist das Einstellen des Messwerkzeugs, das die Zeiger richtig positioniert. Ruffi verdient jetzt 4250 Franken brutto. Plus 13. Monatslohn. Und sagt: «Endlich ein gerechter Lohn! Das hat mein Leben total verändert! Vorher hatte ich ja immer das Wasser am Hals. Nun fühle ich mich wie ein neuer Mensch.»

DAS TABU BRECHEN

Über den Lohn zu reden ist in der Schweiz immer noch ein grosses Tabu. Über die Lohndiskriminierung zu reden ebenfalls. Auch im Jura. Ruffi sagt: «Die Chefs geben einem zu verstehen, dass man nicht darüber reden solle.» Doch es gebe sie, die Lohnungleichheit. Zwischen den Männern und den Frauen, und ganz sicher auch zwischen den Schweizerinnen und den Grenzgängern. Ruffi selber redet mit allen über ihren Lohn. Sie ermutigt auch alle Männer in ihrem Umfeld, sie sollen den Kolle-

workfrage: Was halten Sie von der Unia-Lohngleichheitsinitiative?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

ginnen ihre Lohnausweise zeigen. Maude Ruffi: «Wenn die Frauen nicht wissen, dass sie weniger verdienen, wie sollen sie sich dann wehren?» Und dass Grenzgängerinnen und Grenzgänger weniger bekommen, findet sie auch nicht gerecht. Denn: «Alle Menschen haben das Recht auf gleichen Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort!» Diesem Grundsatz entspringe auch die Lohngleichheitsinitiative.

Die Matrosen auf dem Lago Maggiore freuen sich Die Schiffe fahren wieder, endlich!

Grosse Erleichterung für die Matrosen auf der Schweizer Seite des Lago Maggiore: Am 25. März stechen ihre Schiffe endlich wieder in See.

Gerade noch rechtzeitig zum Start der Tourismussaison haben sie es geschafft: Das lange angekündigte Schifffahrts-Konsortium für den Lago Maggiore steht. Enrico Borelli von der Unia Ticino: «Wir sind froh und erleichtert über den Entscheid in letzter Minute!»

Die lange Ungewissheit sei für alle eine grosse Belastung gewesen. Letzten Sommer war die gesamte Schweizer Belegschaft der «Navigazione Lago Maggiore» (NLM) in den Streik getreten. Die 34 Matrosen und anderen Angestellten, die auf dem Schweizer Teil des Lago Maggiore gearbeitet hatten, protestierten damit gegen ihre Entlassung. Sie befürchteten, dass sie später vom neuen Konsortium zu tieferen, italienischen Löhnen wieder angestellt würden. Nach 20 Tagen Streik



SCHIFF AHOII! Pünktlich zum Saisonstart können die Matrosen wieder arbeiten.

FOTO: KEYSTONE

vermittelte die Tessiner Regierung zwischen den beteiligten Schifffahrtsgesellschaften, Matrosen und Gewerkschaften und sicherte den Mitarbeitenden für 2018 eine Lohngarantie in bisheriger Höhe zu.

NEUER GAV NOTWENDIG

Nun gelte es, möglichst schnell mit den Verhandlungen für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zu beginnen, sagt Unia-Mann Borelli: «Das Wichtigste ist, dass wir die Löhne auf dem bisherigen Ni-

veau halten und weiteres Lohndumping im Tessin verhindern können.» Er betont, die Gewerkschaften würden in den nächsten Monaten sehr präsent und wachsam bleiben, und sagt: «Der Streik hat uns alle zusammengescheissert, und die Solidarität mit den Kollegen ist im Tessin sehr gross.» Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) sei hervorragend. Borelli: «In seltener Einigkeit segeln wir hier alle unter der blauen Flagge der Matrosen.» (sr)

Endo Anaconda worksms

An Ueli Maurer

Obwohl wir das Heu (Gras) nie auf der gleichen Bühne hatten, fand ich es sympathisch, wenn Sie, anders als viele Politiker, nicht mit dem Agglo-Panzer, sondern mit Ihrem alten Toyota-Bus vorfahren. Als Ernährer muss man heutzutage genau kalkulieren – das geht mir auch so. Wie konnten Sie sich also im Bundesmilchbüchli um 4,8 Milliarden «verrechnen»? Trotzdem soll gespart werden – ausser bei Bauern, Militär und bei der geplanten Entlastung der Steuerumgeher. Die retten das Ersparte dann – bevor die nächste Blase knallt – aus der Steueroase ins Steuerparadies. Und wir sollen dann wieder Banken retten. Endo

Ihr SMS an Endo: **077 437 56 82**



VIVA LA VULVA! Zehntausende Frauen in Bilbao machen das Vagina-Zeichen. FOTO: REUTERS

Historischer Frauenstreik in Spanien

«Auf zum Streik, mujeres!»

Das hat Europa noch nie gesehen: 6 Millionen Frauen und Männer beteiligten sich in Spanien am grossen Frauenstreik. work erklärt, warum.

«Auf zum Streik!» sang eine Frauengruppe in der nordspanischen Stadt Bilbao im Vorfeld des Frauentags. Und weiter im Song: «Wir sind zehn, wir sind hundert, wir sind tausend!» Am 8. März dann die perfekte Überraschung: Sechs Millionen Frauen und Männer beteiligten sich am grössten Frauenstreik in der Geschichte Spaniens, ja Europas. Nach dem Frauenstreik in Island (1975) und jenem in der Schweiz (1991) überraschten die Spanierinnen mit einer nie gesehenen Mobilisierung. Warum gerade sie?

WENN FRAU WILL

Der Riesenerfolg ist das Resultat jahrelanger Arbeit Hunderter feministischer «Colectivos». Viele dieser Frauengruppen sind mit der Protestbewegung «Indignadas/os» (die Empörten)



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

entstanden, die in Spanien seit 2011 gegen Sparprogramme, Arbeitslosigkeit, Bildungsabbau und für Gleichstellung auf die Strasse ging. Im Januar 2017 beteiligten sie sich auch an den feministischen Anti-Donald-Trump-Märschen. Am 8. März vor einem Jahr waren sie schon Hunderttausende, vor allem junge Frauen. Trotz Wirtschaftsaufschwung gibt es in Spanien für die Mehrheit der Jungen nur prekäre Jobs, eine Saisonstelle in einem Tourismusgebiet zum Beispiel. Aber kaum feste Anstellungen. Und die Frauen verdienen erst noch weniger als die Männer.

Und dann erschütterten auch noch mehrere brutale Morde an Frauen die Öffentlichkeit. Allein 2017 wurden in Spanien fast 50 Frauen von (ihren) Männern umgebracht. Vor diesem Hintergrund rief im letzten Dezember die Koordination der «Colectivos» für den 8. März 2018 zum Frauenstreik auf. Alle sollten teilnehmen, Frauen in Betrieben, im

Haushalt und in den Schulen. Zentrale Forderungen: Schluss mit der Gewalt gegen Frauen! Schluss mit der Diskriminierung und Prekariisierung in der Erwerbsarbeit! Schluss mit der alleinigen Verantwortung für die Haus- und Betreuungsarbeit! Selbstbewusst endete der Streikaufruf mit dem Slogan: «Si paramos todas, paramos todo», was etwa dasselbe heisst wie: «Wenn Frau will, steht alles still!»

LILA STATT ROT

Auf den Aufruf folgte die Mobilisierung: Lokale Streikbündnisse bereiteten Demos vor, Schülerinnen und Studentinnen planten die Stilllegung des Unterrichts. Und die Gewerkschaften organisierten systematisch zweistündige Streiks in den Betrieben. Das brachte die rechte Regierungspartei von Mariano Rajoy auf den Plan. Sie schoss gegen den Frauenstreik, er sei eine «Aktion feministischer Eliten, nicht der realen Frauen», so ihre Gegenpropaganda. Und die bürgerliche Ciudadanos-Partei liess verlauten: «Wir sind gegen den Streik, denn wir sind keine Antikapitalisten.» Trotzdem fanden 82 Prozent aller Spanierinnen und Spanier in einer repräsentativen Umfrage, es gebe gute Gründe zu streiken.

Am Frauentag sah Spanien dann lila – statt rot: Auch die Gewerkschaft Comisiones Obreras trug lila Fahnen. Tausende Betriebe im ganzen Land wurden bestreikt, einige den ganzen Tag lang. Gegen vierzig

Der Riesenerfolg geht auf die Arbeit Hunderter feministischer Frauengruppen zurück.

Prozent aller Lohnabhängigen waren dabei. Bestreikt wurden auch Schulen und Universitäten. In 300 spanischen Städten demonstrierten insgesamt mehrere Millionen Frauen und Männer. Allein in Bilbao gingen 60 000 Frauen auf die Strasse. Hier stimmte eine Frauengruppe den Streiksong an – und die Demonstrantinnen sangen den Refrain mit: «Zehn zum Streik, hundert zum Streik, alle streiken wir.»

Eine Rednerin erinnerte auch an die Ermordeten, sie rief in die Menge: «Wir sind sehr viele heute, aber einige sind nicht mehr hier!» Und die Frauen skandierten: «Schluss mit diesem Machismo, wir haben genug!»

Streik-Song

In der Stadt Bilbao versammelten sich 60 000 Frauen und Männer und sangen einen Frauenstreik-Song. work hat ihn übersetzt.

A la huelga compañera, no vayas a trabajar / Deja el cazo, la herramienta, el teclado y el ipad / A la huelga diez, a la huelga cien, a la huelga madre ven tu también / A la huelga cien, a la huelga mil, yo por ellas madre y ellas por mi ...

Auf zum Streik, Frauen, geht nicht arbeiten / Lasst den Kochlöffel, die Werkzeuge und die Tastatur liegen / Zehn zum Streik, hundert zum Streik, alle Frauen zum Streik / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, ich für die Frauen, die Frauen für mich.

Wir stehen auf gegen den Macho-Staat / Alle Frauen treten in Generalstreik / Zehn zum Streik, hundert zum Streik – die Handtasche sagt, sie komme auch mit / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, alle streiken wir.

Sie haben meine Nachbarin mitgenommen, in einer Razzia / Und weil sie keine Papiere hat, wollen sie sie ausschaffen / Zehn zum Streik, hundert zum Streik, jetzt wollen wir den ganzen Kuchen / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, alle streiken wir.

Wir haben nur befristete Arbeit, ohne Vertrag und Gesundheitsschutz / Die Hausarbeit machen wir aber zu 100 Prozent / Zehn zum Streik, hundert zum Streik, heute kochen wir nicht / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, alle streiken wir.

Sie privatisieren die Bildung, wir können sie nicht bezahlen / Und nie erscheinen wir Frauen in den Lehrplänen / Zehn zum Streik, hundert zum Streik, wir werden Geschichte schreiben / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, alle streiken wir.

Zehn zum Streik, hundert zum Streik, auf zum Streik auch du! / Hundert zum Streik, tausend zum Streik, ich für die Frauen und die Frauen für mich / Ich für die Frauen, die Frauen für mich.

Kein besserer Schutz für Ü55

BERN. Der Nationalrat will nichts wissen von einem besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende. Er hat eine parlamentarische Initiative von Corrado Pardini abgelehnt. Der SP-Nationalrat und Uniamann hatte gefordert, dass Firmen Über-55jährigen mit zehn oder mehr Dienstjahren nur dann kündigen dürfen, wenn sie nachweisen, dass sie nicht durch eine günstigere Arbeitskraft ersetzt werden. Nur Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus dem links-grünen Lager stimmten dem Vorstoss zu.

Hoffnung für Zinctec-Leute

EGNACH TG. Offenbar ist doch noch Geld vorhanden: Die Verzinkerei Zinctec AG, die Ende April ihre Tore schliesst, verfügt über eine Fürsorgestiftung. Ein Vertreter der Firmenleitung stellte gegenüber dem «St. Galler Tagblatt» klar: «Das Geld in der Stiftung gehört den Arbeitnehmenden.» Von der Schliessung sind gut vierzig Mitarbeitende betroffen. Ende Februar waren sie in einen Warnstreik getreten. Nächste Woche will die Firma informieren, wie viele Mittel in der Stiftung vorhanden sind und wie sie verwendet werden können – etwa für die Pensionskasse, für Härtefälle oder für Abfindungen.

Bussen für ungleiche Löhne

PARIS. Die französische Regierung will vorwärtskommen mit der Lohngleichheit: In den



Firmen werden büssen.

nächsten drei Jahren sollen Firmen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen eliminieren. Andernfalls droht ihnen eine Busse in der Höhe von einem Prozent der gesamten Lohnsumme. In einem ersten Schritt sollen Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden nächstes Jahr eine Software installieren, um ungleiche Löhne aufzuspüren und auszumerken. Später sollen auch kleinere Firmen dazu verpflichtet werden.

Über: Miserabler Stundenlohn

CAMBRIDGE (USA). Fahrerinnen und Fahrer des Dumping-Taxidiensts Uber verdienen in den USA im Schnitt nur gerade 8 Dollar 55 pro Stunde. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie des renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT). Die Forscher und Forscherinnen befragten gut 1100 Chauffeure von Uber und seinem Konkurrenten Lyft. Nach Abzug aller Kosten wie Benzin, Reparaturen oder Versicherung resultierte der miese Verdienst. Gut die Hälfte der Betroffenen verdienten damit weniger als den Mindestlohn in ihrem Bundesstaat, so die Autoren.

Italien nach der Wahl Neue Linke muss her!

Drei Fragen an Corrado Pardini, SP-Nationalrat, Unia-Mann und schweizerisch-italienischer Doppelbürger.

work: Zwei Drittel der Italienerinnen und Italiener haben rechts bis rechtsextrem gewählt. Was blüht nun Italien – und Europa?

Corrado Pardini: Vorerst nicht viel. Weder Cinque Stelle noch die Lega von Salvini können eine Regierung bilden. In ein paar Monaten wird es wohl Neuwahlen geben.

Nur hat der Partito Democratico (PD) fast die Hälfte seiner Stimmen verloren. Eher schlechte Aussichten für eine Neuwahl?

Eine Chance hat die Linke nur, wenn sie sich als sozialdemokratische Kraft neu erfindet, also von der liberalen Linie von



«Der Befreiungsschlag muss von den Gewerkschaften kommen.»

CORRADO PARDINI, UNIA

Matteo Renzi abrückt. Anders als in Frankreich ist die Sozialdemokratie in Italien nicht tot. In der Toscana, wo sie schon lange regiert, hat sie gewonnen.

Nur blockiert Renzi die Partei weiter. Wer soll das richten?

Ich sehe keinen anderen Kopf im PD. Darum fällt heute den Gewerkschaften eine historische Rolle zu. CGIL, CISL und UIL sollten ihre 10 Millionen Mitglieder zusammenlegen und die politische Wende im PD erzwingen. Das wäre ein Befreiungsschlag. (olf)

Italien: Zwei Drittel haben rechts gewählt Mamma mia!

Europa rutscht scharf nach rechts, der neue Nationalismus ist auf dem Vormarsch. Nun auch in Italien.

OLIVER FAHRNI

Stunde null in Italien. Das Land ist am 4. März politisch weit nach rechts gerutscht. Die Antipolitikbewegung der Cinque Stelle ist mit 33 Prozent zur stärksten Partei aufgestiegen, rechts aussen hat der Rassist und Europafeind Matteo Salvini von der Lega den langjährigen Regierungschef Silvio Berlusconi überflügelt. Die heute regierende Linke (Demokratische Partei, PD), die bei den letzten Europawahlen noch 40 Prozent der Stimmen gemacht hatte, wurde brutal geschlagen (18 Prozent). Und der Versuch, eine systemkritische Linke zu lancieren (LEU), ist gescheitert.

Italien ist nach den Wahlen dreigeteilt aufgewacht: In der Lombardei und im übrigen Norden macht die Lega die rechte Musik, in Zentralitalien widersteht die PD, im Süden hat sich die arbeitslose Jugend mit dem Votum für Cinque Stelle gerächt.

Jetzt zittern die Demokraten Europas vor einer Machtergreifung Salvinis. Der Mann, der mit Marine Le Pen vom Front national befreundet ist, hat an einer Demo in Mailand schon mal provokativ



BEPPE GRILLO: Der Komiker hat die rechte Cinque-Stelle-Bewegung 2009 ins Leben gerufen. FOTO: ANDREAS SOLARO / AFP

einen Amtseid abgelegt. Damit drohte er, die Macht notfalls auch mit undemokratischen Mitteln zu ergreifen. Denn die Lega hat faktisch nur etwa halb so viel Stimmen gemacht wie Cinque Stelle.

KEINE REGIERUNGSMehrheit

In Italien ist immer mal wieder Stunde null. Es ist das politische Labor Europas. So kam hier der Faschismus an die Macht, lange

vor den Nationalsozialisten in Deutschland. Mit Salvini in Rom würden wohl auch anderswo in der EU die Dämme brechen.

Die gute Nachricht: Weder Salvini noch Cinque-Stelle-Mann Luigi Di Maio werden eine Mehrheit für die Regierungsbildung finden. Es sei denn, der PD bandle mit Di Maio an, wie dies einige PD-Köpfe wünschen. Es wäre das definitive Ende der Linken. Niemand

weiss, was die Fünfsterne-Bewegung, die genaugenommen ein Konzern im Besitz des IT-Unternehmers Davide Casaleggio ist, wirklich plant. Im Wahlprogramm verlangte sie den Ausstieg aus dem Euro. Drei Wochen vor der Wahl schwenkte Di Maio auf europafreundlich. Drei Tage danach machte die Partei, von Casaleggio gesteuert, eine erneute Spitzkehr auf Abschottung.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Tempo Teufel: 5 G für wen, wann und zu welchen Kosten?

5G ist der kommende Standard fürs Mobilfunknetz. Er wird alles auf den Kopf stellen – darum dürfen wir diesen jetzt nicht verlieren.

Die älteren unter unseren Leserinnen und Lesern können sich vielleicht erinnern: In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts begannen vorab die welschen Trotzkiten mit ihrer Zeitung «La Brèche» gegen Asbest zu kämpfen. Bereits damals war klar, welche tödlichen Gefahren der Schmidheiny-Faserzement Eternit für die Bauarbeiter mit sich brachte. Lange Zeit wurde alles bestritten. Heute entzieht sich die Milliardärsfamilie Schmidheiny ihrer Verantwortung. Immer wieder hat work darüber berichtet.

WENIGER STRAHLENSCHUTZ? Fast alle von uns haben ein Smartphone im Hosensack oder im Handtäschli. Ohne Sender funktionieren diese praktischen Dinger leider nicht. Das merkt, wer in den Bergen unterwegs ist. Staatliche Strahlenschutzwerte reduzieren die bisher nicht genügend untersuchten Risiken. Sind die Auswirkungen von zu hoher Handystrahlung vergleichbar mit jenen von Asbest? Wir wissen es nicht.

Jetzt steht im Bereich der mobilen Kommunikation eine Revolution ins Haus, die alles verändern wird. Das 5-G-Netz wird absehbar hundertmal schneller sein als das heutige 4-G-Netz. In einer Sekunde sollen wir den ganzen Film «Herr der Ringe» runterladen können. Sich selbst steuernde Autos sind

mit grosser Wahrscheinlichkeit auf dieses Netz angewiesen. Genauso wie Fabriken, in denen Maschinen und Roboter mittels eigener Netze fast zeitgleich gesteuert werden.

Viele Fragen sind heute noch nicht beantwortet:

- Muss die Schweiz die heute geltenden Strahlungswerte erhöhen, damit man das 5-G-Netz schnell und flächendeckend einführen kann, so wie das die Telekommunikationsunternehmen Swisscom, Sunrise & Co. verlangen?
- Oder müssen pro Netz je 15000 dezentrale Handyantennen neu installiert werden, damit die Einführung dieser neuen Technologie zu keinen höheren Strahlungswerten führt?
- Und: Wie schnell wird die ganze Schweiz flächendeckend ein 5-G-Netz erhalten? Und zu welchen Tarifen für wen?

Dies sind die wesentlichen Knackpunkte der laufenden Debatte. Das Problem: Volk und Parlament haben wenig bis keinen Einfluss. Über eine Erhöhung der Strahlungswerte entscheidet der Bundesrat. Über die Bedingungen der Ausschreibung des neuen 5-G-Netzes letztlich ebenfalls.

Immerhin will sich Energieministerin Doris Leuthard an Entscheide des Parlaments halten. So haben National- und Ständerat eine Erhöhung der Strah-

lenschutzwerte abgelehnt. Wenn auch sehr knapp.

NATÜRLICHES MONOPOL. 5-G-Netze sind die digitalen Autobahnen der Zukunft. Gewerkschaften und Linke müssten eine gemeinsame Position entwickeln. Und diese mittels Bündnissen durchsetzen.

Baustein 1: Das 5-G-Netz muss staatlich sein. Es ist in jeder Beziehung das Rückgrat einer digitalen Gesellschaft. Niemand käme es in den Sinn, mehrere sich konkurrierende Hochspannungsnetze aufzubauen. Genauso ist das 5-G-Netz

ökonomisch gesehen ein natürliches Monopol. US-Präsident Donald Trump und seine Berater tendieren aus Sicherheitsgründen in diese Richtung. Für einmal könnte der Bösewicht recht haben. **Baustein 2:** Die Strahlungswerte dürfen nicht erhöht werden. Das heisst, es braucht allein für ein flächendeckendes Netz 15000 neue Sender in den Quartieren und Dörfern der Schweiz. Pro 500 Einwohnerinnen und Einwohner also ein neuer Standort.

Baustein 3: Die ganze Schweiz muss schnell und flächendeckend versorgt werden. Und dies zu gleichen Preisen.

DER NEUE MOBILFUNKSTANDARD 5G						
Generation						
2G	3G	3.5G	3.9G	4G	4.5G	5G
Einführung						
1992	2004	2006	2010	2011	2016	2020 (voraussichtl.)
Technik						
GSM	UMTS	HSPA/HSPA+	LTE	LTE Advanced	LTE Advanced Pro	5G
Maximale Geschwindigkeit						
9,6 kBit/s	384 kBit/s	42 Mbit/s	150 Mbit/s	600 Mbit/s	1000 Mbit/s	10000 Mbit/s (Prognose)
Rechnerische Downloadzeit für eine 1,77 GB grosse Datei (z. B. Film «Herr der Ringe»)						
18 d	11 h	6 min	2 min	25 s	15 s	1 s

QUELLEN: BUNDESNETZAGENTUR, LTE-ANBIETER, INFO

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/strahlung-asbest Ein italienisches Gericht verglich die Auswirkungen von zu hoher Handystrahlung mit jenen von Asbest. Und sprach einem Angestellten eine Rente von 500 Euro zu.

● rebrand.ly/antennenstandorte Es gibt heute rund 18000 mobile Antennenstandorte. Wenn drei sich konkurrierende Netzbetreiber je 15000 neue Antennen installieren, verdreifacht sich die Zahl der Sender. Von daher ist ein einziger Netzbetreiber ökonomisch und ökologisch sinnvoll.

● rebrand.ly/kleinzellen Die Stadt St. Gallen setzt auf ein Kleinzellennetz. Weil dieses weniger Strom braucht und weniger strahlt. Und weil die Erstellung von Antennenanlagen nur melde-, aber nicht bewilligungspflichtig ist. Basis für das Kleinzellennetz ist ein relativ dichtes und leistungsfähiges Glasfasernetz.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



FIGLIO DI MAMMA: In Italien lassen sich viele Männer bis weit über 30 bemuttern. FOTO: VIDEO VON GOODBYE MAMMA

Architekt Giulio Sovran (36) und sein Kollektiv für Auswanderungswillige **Goodbye Mamma: Jetzt kommen die neuen Italos**

Einst kamen sie als Bauarbeiter oder Fabrikarbeiterinnen. Jetzt kommen auch viele gut ausgebildete Italienerinnen und Italiener in die Schweiz, um einen Job zu suchen.

SABINE REBER

Seine Heimatstadt Mailand verliess Architekt Giulio Sovran 2006, um in der Schweiz Arbeit zu suchen. Inzwischen zählt er im Wallis mit seinem eigenen Büro mit Partner und sechs Mitarbeitenden zu den Erfolgreichen. Er hat einen Abschluss gemacht am Politecnico di Milano sowie einen Master am Politecnico di Torino. Das sind die beiden Spitzenuniversitäten für Architektur in Italien. Derzeit hat er neun Baustellen offen, weitere Projekte seien in der Pipeline. Sovran zeigt die Pläne für ein spektakuläres Terrassenhaus mit viel Glas und riesigen Balkonen. Ausserdem hat er mit zwei anderen Architekten den Dorfplatz von Gri-

misuat VS umgebaut, «das war ein cooles Projekt, ich habe mich riesig gefreut, dass wir als Ausländer dort die öffentliche Ausschreibung gewonnen haben».

Sein Geschäftspartner Luigi Di Bernardino stammt aus Rom. Das seien von der Kultur und der Mentalität her Welten, sagt Sovran: «Die Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden sind in Italien riesig. Bei uns im Norden glauben viele, der Süden sei schuld an der Misere. Aber wenn man Italien von Rom aus anschaut, ergibt sich ganz ein anderes Bild.» Sie hätten oft Diskussionen wegen ihrer unterschiedlichen Herkunft. Aber dass sie beide eine Frau aus dem Wallis geheiratet und hier eine Familie gegründet hätten, verbinde sie. Und natürlich die Liebe zur Architektur.

TIPPS UND SPASS

Seit Sovran Italien verlassen hat, wurde er so oft von Studienkolleginnen und Freunden um Rat gefragt, dass er mit an-

deren Ausgewanderten das Kollektiv «Goodbye Mamma» gegründet hat. Auf ihrer Website geben sie ihre Ratschläge nun schriftlich weiter. Und auf der Facebook-Seite, die bereits über 22000 Mitglieder zählt, sind zwei Leute extra für die vielen Fragen zuständig.

Die Mitglieder des Kollektivs «Goodbye Mamma» tauschen Erfahrungen aus, geben einander Tipps und haben zwi-

«Es ist schmerzhaft zu sehen, wie Italien vor die Hunde geht.»

GIULIO SOVRAN,
ARCHITEKT



FOTO: ZVG

scendend durch einfach ihren Spass. So drehten sie ein paar freche Videos, in denen sie sich über die Bequemlichkeit der italienischen Männer lustig machen. Giulio Sovrans Mutter Margherita Cavallo (74) spielt darin mit Verve die italienische Mamma, die ihren Buben füttert, ihm die Nase putzt und ihn rumbefiehlt. Sohn Sovran lacht und sagt: «Meine Mutter ist mindestens so unternehmungslustig wie ich!»

Der Name des Kollektivs, «Goodbye Mamma», sei auch etwas ironisch ge-

meint, gibt Sovran zu. Andererseits stimme es natürlich schon, dass in Italien viele Männer sich bis weit über 30 bemuttern liessen. Er stelle das auch bei den Auswanderern fest. Sovran lacht etwas darüber und sagt: «Die sind dann schnell wieder daheim bei der Mamma, wenn sie merken, wie anstrengend das ist zu arbeiten.»

ÜBER 1000 BEWERBUNGEN

Sovran selber hat sich nie davor gescheut, sich reinzuknien. Er habe damals noch aus Mailand über 1000 Bewerbungen an Architekturbüros und Baufirmen in der Schweiz geschickt. Und er rate allen: «Du musst vor Ort sein und ein halbes Jahr ohne Einkommen überleben können, denn du brauchst Zeit, um ein gutes Netzwerk aufzubauen und die richtigen Leute kennenzulernen.» Auch Sprachen müsse man können und gute Kontakte haben.

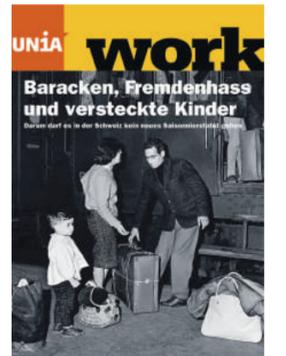
Und Italien? Hat Sovran nicht auch ein bisschen Heimweh nach Italien? Es schmerze ihm das Herz, wenn er sehe, wie sein Heimatland vor die Hunde gehe, sagt er. Und: «Eigentlich glaubt niemand, dass irgendetwas in absehbarer Zeit besser wird.»

REICHE SCHWEIZ

DANKE, ITALIEN!

Ende 2017 lebten 319367 Italienerinnen und Italiener in der Schweiz. Das ist die grösste Migrationsgruppe an Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Schweizer Pass. Seit 2007 ist ihr Wanderungssaldo positiv, das heisst: es wandern mehr Menschen mit italienischem Pass ein als aus.

TRADITION. Eine grosse italienische Gemeinschaft lebt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der Schweiz. Die damals entstehende Wasserkraft- und Eisenbahninfrastruktur gäbe es ohne die Arbeiter aus dem Süden nicht. Zeitweise waren vier Fünftel der Bütze, die unter höllischen Bedingungen zum Beispiel die Alpen durchbohrten, aus unserem südlichen



SAISONNIERS: work-Sonderausgabe über Fremdenhass und Migration.

Nachbarland. Nach dem Zweiten Weltkrieg verliessen die Italienerinnen und Italiener zu Hunderttausenden ihr Land, um die Wirtschaftswunder-Schweiz zu erschaffen und die Industrie boomten zu lassen.

FREMDENFINDLICH. 1970 lebten 583000 Italiener und Italienerinnen in der Schweiz. Sie wurden lausig behandelt, prekäre bis schikanöse Arbeits- und Lebensbedingungen waren politisch gewollt. Die Schweizer Männer lehnten die fremdenfeindliche «Schwarzenbach»-Initiative nur ganz knapp ab. Sie wollte den Ausländeranteil auf nur 10 Prozent beschränken. Während der Ölpreiskrise ab 1973 zwangen Wirtschaft und Politik rund 300000 sogenannte Fremdarbeiter zur Ausreise – die Schweiz exportierte damit den grössten Teil ihrer Arbeitslosigkeit. Das menschenunwürdige Saisonierstatut überlebte noch fast 30 Jahre – erst mit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU am 1. Juni 2002 wurde es definitiv Geschichte (siehe auch 1x1 der Wirtschaft, Seite 11). (cs)

Braindrain in Italien: Gehirne auf der Flucht

60 000 junge Menschen sagten 2016 Italien ciao. Vor allem Gutqualifizierte. Sie wollen ihr Glück anderswo suchen. Sie fehlen dem Land.

OLIVER FAHRNI

2016 wanderten 114000 Italienerinnen und Italiener aus, um ihr Glück anderswo zu suchen. Sagt das statistische Amt Istat. 39000 davon hatten einen höheren Berufsabschluss, 34000 ein Lizentiat oder einen Dokortitel. Bevorzugte Zielländer: Deutschland und Grossbritannien.

Seit den 1960er Jahren nennt man das Braindrain, den Abfluss oder die Flucht der Gehirne. Wandern gleichzeitig weniger Köpfe mit guter Qualifikation ein, wie das in Italien der Fall ist,

fehlen der Wirtschaft, der Forschung und der Bildung schnell Fachkräfte. Das Land wird ärmer.

Tatsächlich ist die Lage Italiens wohl weit schlimmer. Denn die Statistik erfasst nur, wer sich in Italien abmeldet. Darum hat das Römer Forschungsinstitut Idos bei britischen, deutschen und anderen Einwanderungsbehörden nachgefragt. Und kommt zum Schluss: 2016 sind nicht 114000, sondern gar 285000 Italienerinnen und Italiener ausgewandert. Rund 60000 davon jünger als 35 Jahre.

Diese Zahlen sorgten in Italien für Ärger und Debatte. Geschockt stammel-

ten Spitzenpolitiker am TV, Italien sei in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgefallen. Damals verliessen jedes Jahr 300000 Arbeitende das Land. Sehr aktiv angeworben durch Jobagenten, etwa aus der Schweiz, um hier das Wirtschaftswunder zu bauen (siehe «Danke, Italien!»).

MENSCHENRECHT AUF GLÜCK. Um die Mitte der 1990er Jahre sank diese Zahl auf etwa 3000 netto pro Jahr. Die Trendwende kam 2007, mit der grossen kapitalistischen Krise. Seither wächst die Zahl der Auswandernden rasch.

Dass junge, gut Ausgebildete migrieren, ist eine Art Menschenrecht auf das Glück in der Ferne. Es ist deshalb ein Problem, weil die Chancen ungleich verteilt sind. Starke Ökonomien ziehen



mehr Fachkräfte an, als sie hergeben. Sie locken mit besserem Lohn, mehr Forschungsplätzen, Karrierechancen. Dies trifft nicht nur Italien. 40 Prozent der französischen Spitzenforscher arbeiten im Ausland.

AKW Beznau I Bund spielt Atom-Roulette

Das älteste AKW der Welt soll nochmals für 10 Jahre hochgefahren werden, meinen die Behörden. Der marode Meiler soll für immer stillstehen, fordern SP, Grüne und Umweltverbände.

SABINE REBER

Die Atomaufsichtsbehörde Ensi hat das AKW Beznau I nach drei Jahren wieder für den Betrieb freigegeben. Die SP hat deswegen gegen das verantwortliche Departement (Uvek) eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht. Auch für die Grünen ist klar: Der marode Meiler Beznau I (Jahrgang 1969) muss endgültig vom Netz. Sie prüfen nun eine Beznau-Abstell-Initiative. Diese soll auch eine Passage enthalten, dass für über 50jährige zwangsabgeschaltete AKW keine Schadenersatzansprüche bestünden.



BRUCHBUDE. SP und Grüne stehen nicht allein da mit ihrem Protest. Bereits über 11 000 Menschen haben eine Petition an das Ensi und an Bundesrätin Doris Leuthard unterzeichnet. Darin fordern sie, dass Beznau I weiterhin stillstehen soll. Das 50jährige AKW ist wegen Sicherheitsmängeln seit drei Jahren abgeschaltet. 2015 waren über 900 Materialfehler im Stahl des Reaktordruckbehälters entdeckt worden. Auch die Notstromversorgung und der Hochwasserschutz bei Erdbeben und Überflutung sind ungenügend.

Beznau I auf den aktuellen Stand der Sicherheitstechnik aufzurüsten sei etwa so unmöglich, wie ein Telefon aus den 1960er Jahren zu einem Smartphone umzubauen, sagen die Grünen. Aber die Betreiberin Axpo will unbedingt weitermachen. Sie hat bereits über 2,5 Milliarden Franken in die Sanierung des Altkraftwerks gesteckt.

LEUTHARD WILL TRICKSEN. Der Bundesrat scheint Verständnis zu haben für die missliche finanzielle Lage der Axpo. Energieministerin Doris Leuthard schlägt in der Revision der Kernenergieverordnung vor, die Strahlenschutzbestimmungen um den Faktor 100 abzuschwächen. Mit diesem Trick würde Beznau wieder als erdbebensicher gelten. Mehrere Umweltorganisationen haben beim Bundesverwaltungsgericht Einsprache erhoben. Das Verfahren ist hängig. Schlauer als die Axpo waren die Bernischen Kraftwerke (BKW). Diese haben nach der Atomkatastrophe von Fukushima begonnen, die Abschaltung von Mühleberg vorzubereiten. Dieses AKW geht im Dezember 2019 definitiv vom Netz.

Unia online



Fachtagung Berufsbildung 4.0 für die Industrie

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Bei der Gestaltung des digitalen Wandels ist die berufliche Aus- und Weiterbildung zentral. An der Unia-Fachtagung vom 13. April diskutieren Experten und Expertinnen verschiedene Lösungsansätze, darunter den Unia-Vorschlag einer «Berufspasserelle 4.0» zur Stärkung der Weiterbildung. Interessiert? Melden Sie sich an: www.unia.ch/berufsbildung-industrie

Transparenz: Parteien müssen Budgets offenlegen Juso bringen endlich Licht in die Schwyzer Dunkelkammer

Ausgerechnet im SVP-Kanton Schwyz gibt es jetzt den schärfsten Paragraphen für saubere Politik. Dank den Jungsozialisten.

RALPH HUG

Lange Gesichter bei den Rechten am 4. März im Schwyzer Rathaus: Soeben hatten 50,3 Prozent der Stimmenden Ja zur Transparenzinitiative gesagt. Die Juso triumphierten an der Urne. Jetzt steht in der Schwyzer Verfassung, dass Parteien und Komitees bei Wahlen und Abstimmungen ihre Budgets offenlegen müssen. Auch müssen sie alle Spenderinnen und Spender über 5000 Franken pro Jahr namentlich bekanntgeben. Wer das nicht macht, bekommt eine Busse. Das macht den Bürgerlichen gleich Kopf- und Bauchweh zusammen. Besonders der SVP. Sie dominiert mit 33 Prozent Wähleranteil den Landkanton.

SAUBERE BÜEZ

Wie war dieser Sensationserfolg möglich? Noah Beeler, Präsident der Juso Schwyz, sagt zu work: «Wir haben einen seriösen und fairen Abstimmungskampf geführt. Das hat überzeugt.» Die Juso, oft als Utopisten belächelt, hatten gründlich gearbeitet.

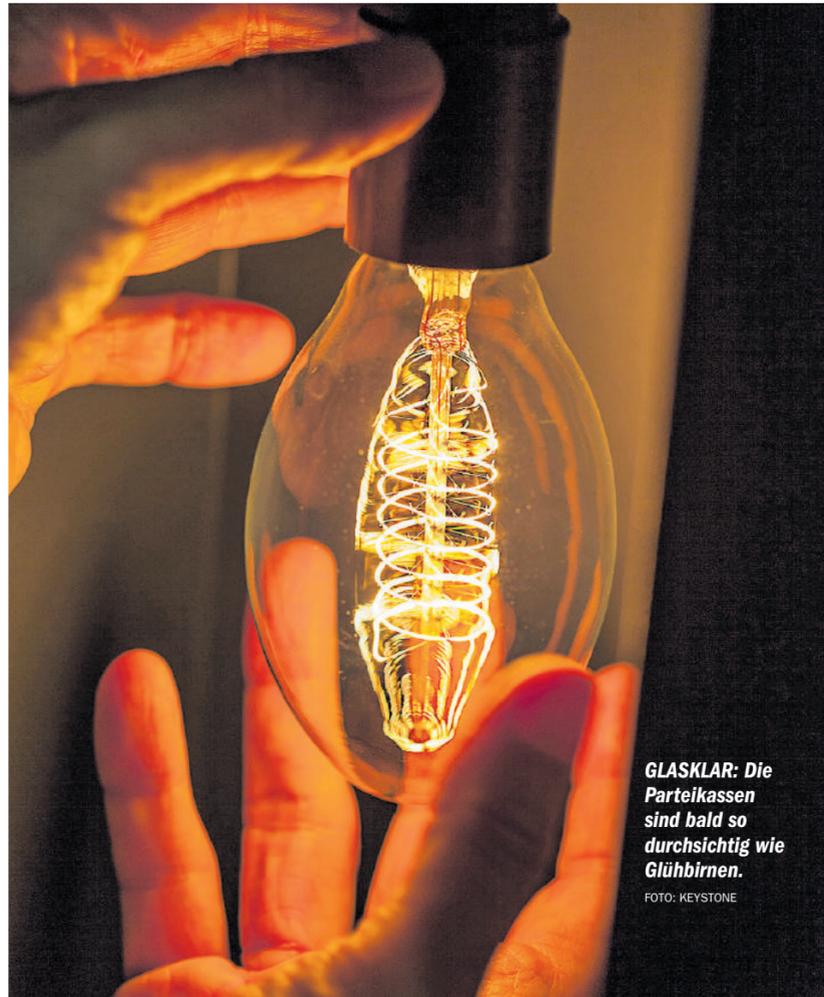
Die Rechten zittern vor der Finanz-Transparenz für Parteien.

Ihr Argumentarium zählt zehn Seiten und enthält sogar eine Literaturliste. Die guten Argumente waren auf ihrer Seite: Transparenz stärkt die Demokratie, Politikerinnen und Politiker sollen keine Marionetten von dunklen Finanzinteressen sein, und jede Stimme muss in einer Demokratie gleich viel wert sein.

ANONYMES GELD BESTIMMT POLITIK

Mit dem Abstimmungssieg ist ein neuer Massstab für eine saubere Politik gesetzt. Denn die Schweiz hat sich bisher standhaft geweigert, Regeln für die Politikfinanzierung zu erlassen. Im «Global Corruption Report» von Transparency International liegt sie deshalb gleichauf mit Mafiastaaten wie Albanien oder Bananenrepubliken wie El Salvador.

Von einer undurchsichtigen Politik profitieren nur die Mächtigen. Zuvorderst die SVP mit ihren Milliardärinnen und Multimillionären Blocher, Martullo, Frey, Matter & Co. Sie können das Land mit Plakaten zupflastern und alle Briefkästen mit Propagandamaterial füllen, ohne sagen zu müssen, woher das Geld dafür stamme. Wohin das führt, zeigen die USA. Dort helfen reaktionäre Ölmilliardäre wie die beiden Brüder Charles und David Koch, Donald Trump ins Präsidentenamt zu hieven.



GLASKLAR: Die Parteikassen sind bald so durchsichtig wie Glühbirnen.

FOTO: KEYSTONE

«Dark money» (anonymes Geld) heisst diese Geld-Pipeline von reichen Hintermännern in die Politik. Alle Länder Europas kennen Regeln, um das zu verhindern, nur die Schweiz nicht.

SCHWYZ HAT DIE NASE VOLL

2013 versuchten es die Juso im Kanton Baselland mit einer Transparenzinitiative. Sie scheiterten im notorischen Filzkanton, erzielten aber mit 43 Prozent Ja-Stimmen einen grossen Achtungserfolg.

Ganz überraschend kommt der Durchbruch in Schwyz nicht. Dort hat die Regierung, die seit zwei Jahren rein bürgerlich zusammengesetzt ist, ein Steuermeckka für Reiche geschaffen. In Wollerau, Freienbach und Schindellegi drängeln sich immer mehr Superreiche in Villen und teuren Appartements mit Blick auf den Zürichsee. Fiat-Boss Sergio Marchionne wohnt dort, ebenso der Banker Boris Collardi oder FDP-Präsidentin Petra Gössi. Gleichzeitig stagnieren ländliche Gebiete wie das Muo-

tal oder Rothenthurm. Die Bevölkerung erkennt zunehmend die negativen Folgen von Zersiedelung, steigenden Mieten und dem wachsenden Gefälle zwischen Inner- und Ausserschwyz. Der Unmut über diese verfehlte Politik hat 2016 dazu geführt, dass die Linke bei den Kantonsratswahlen klar zulegte und die bürgerlichen Parteien Sitze einbüssten. Jetzt muss die Schwyzer Regierung für die neue Offenlegungspflicht ein Gesetz ausarbeiten. Es drohen Widerstand, Verschleppung und Verwässerung durch eine unwillige Verwaltung.

Nationale Transparenz

Die SPS, Mutterpartei der Juso, und ihre Verbündeten von Grünen, BDP, EVP und Piratenpartei haben im letzten Herbst eine nationale Transparenzinitiative eingereicht (transparenz-ja.ch). Sie hoffen, dass ihnen ein ähnlicher Coup gelinge wie den Schwyzer Junglinken.

Fast 1300 Beschäftigte haben unterschrieben: Hände weg vom Arbeitsgesetz! Gegen den 17-Stunden-Arbeitstag

Gleich drei bürgerliche Vorstösse wollen das Arbeitsgesetz aushöhlen. Mit einer Protestkartenaktion wehrt sich die Unia dagegen.

CHRISTIAN EGG

Luca Cirigliano vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund sagt: «So etwas gab es noch nie. Das ist ein koordinierter Angriff auf das Arbeitsgesetz.» Denn gleich drei parlamentarische Initiativen von bürgerlicher Seite zielen auf zentrale Bestimmungen des Arbeitsgesetzes.

46 PROZENT SCHUTZLOS. Die Freisinnige Karin Keller-Sutter will die Arbeitszeiterfassung abschaffen, der CVPLer Konrad Graber will gleich ganze 14 Artikel des Geset-

zes aushebeln. Darunter das Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit und die Höchstarbeitszeit pro Woche (work berichtete). All diese Regeln sollen für «leitende Arbeitnehmer» und «Fachspezialisten» nicht mehr gelten. Wer gemeint ist, wird allerdings nicht definiert. Cirigliano rechnet vor: «Wenn man alle zusammenzählt, die eine

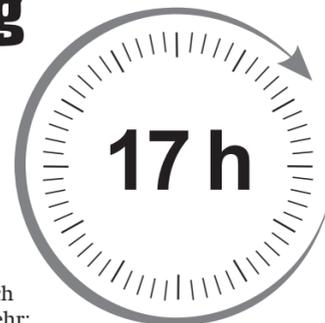
Das Arbeitsgesetz ist das beste Mittel gegen Stress und Burnout.

einfache Vorgesetztenrolle haben oder eine Ausbildung, die über die Lehre hinausgeht, dann sind 46 Prozent der Arbeitnehmenden von diesen Regelungen betroffen.»

Bereits haben die Kommissionen von National- und Ständerat diesen beiden Vorstössen zugestimmt. Derzeit ist die Ständeratskommission daran, einen konkreten Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

WEITERER ANGRIFF ROLLT. Doch die Rechten wollen noch mehr: Angestellte, die sich die Aufgaben «namhaft» einteilen können, sollen im Homeoffice bis zu 17 Stunden pro Tag arbeiten können. Heute sind es maximal 14 Stunden. Ende Januar hat die Kommission des Nationalrats auch diesem Vorstoss des Freisinnigen Thierry Burkart zugestimmt.

Rund 1280 Angestellte im Dienstleistungssektor wehren sich jetzt gegen diese Verschlechterun-



gen. Sie haben alle eine Protestkarte unterschrieben, welche die Unia kürzlich dem Parlament übergeben hat. In einem Brief an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier macht die Gewerkschaft klar: «Das Arbeitsgesetz muss nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden. Es ist das beste Instrument gegen Stress und Burnout.»

GRAFIK: WORK

Donald Trumps ehemaliger Berater tingelt durch Europa Bannon, Köppel und das Netzwerk der harten Rechten



«Hi, Steve!»: Der Auftritt von Trumps Ex-Berater Steve Bannon unlängst in Zürich offenbart die engen Bande führender SVP-Exponenten mit der weltweiten radikalen Rechten.

RALPH HUG

Über tausend Leute sind im Saal. 90 Prozent SVP-Fans, 10 Prozent Neugierige. «Weltwoche»-Verleger Roger Köppel betritt die Bühne: «Hi, Steve!» Applaus brandet auf, die Show beginnt. Trumps ehemaliger Berater Steve Bannon trägt wie immer Rebellenslook mit Dreitagebart und Schlaberhose. Dagegen steckt Köppel in Anzug und Krawatte fest. Doch der Kontrast täuscht. Im Kopf der beiden sieht es ähnlich aus. Sie denken rechts. Weit rechts.



«TRUMPS GEHIRN»: Steve Bannon bei seinem Vortrag in Zürich, dahinter (rechts) Roger Köppel. FOTO: KEYSTONE

Und sie möchten die Rechten in Europa noch weiter nach rechts drängen. Auch die SVP. Deshalb hat «Weltwoche»-Chef Köppel den rassistischen Vorreiter Bannon auch eingeladen.

Von Bannon soll die Strategie «America first!» stammen. Damit hat mit Trump erstmals ein Immobilienspekulant, der von Politik keine Ahnung hat, den Sprung ins Weisse Haus geschafft. Zuvor hatte Bannon als Chef der rechtsextremen Website «Breit-

bart News» jahrelang das Terrain für diesen Coup bereitet (siehe Box). Obwohl von Trump letztes Jahr gefeuert, verehren ihn die radikalen Rechten als genialen Macher.

In Zürich drosch Bannon in der Manier eines geübten Demagogen eine Stunde lang auf den Mainstream, das Establishment und die Finanzelite ein. Er brandmarkte die Globalisierung, die Jobs vernichte und Büzzer arbeitslos mache. Steve Bannon fordert nationale Abschottung, patriotische Werte und einen aggressiven Kampf gegen die Linke. Diese würde «alles zerstören, wofür wir Jahrzehnte gearbeitet haben».

BRÜDER IM GEISTE

Köppel und Bannon sind Brüder im Geiste. Sie fühlen sich als Bannerträger einer konservativen Revolution. Daher auch Bannons Lobpreisung des SVP-Führers Blocher. Dieser habe sich schon 1992 bei der EWR-Abstimmung ganz allein gegen Brüssel gestellt und gewonnen: «Dr. Blocher was a Trump before Trump!» Brandender Applaus im Saal. Blöd nur, dass Blocher angeblich nie etwas mit Rechtsextremen zu tun haben wollte. Jetzt ist er für sie plötzlich zum grossen Helden geworden.

Niemand stört, dass Bannon Fake News zum besten gibt – genau das, was er immer den Medien vorwirft. So priert er Trump über den Klee als umsichtigen Regenten im Weissen Haus, der zwar nichts lese, aber immer zuhören und eigenständig entscheide. Das Gegenteil davon ist wahr. Bannon weiss es selbst am besten. Prahlte er doch einmal, er sei «Trumps Gehirn». Nachzulesen auf Seite 225 im Enthüllungsbuch «Feuer und Zorn» von Michael Wolff. In diesem Werk zeichnet Wolff ein Sittengemälde der irren Zustände in Washington. Der geschasste Bannon selbst steckte Wolff zahlreiche Insiderinfos.

DER WANDERPREDIGER

Nach eigenen Worten ist Bannon Mitglied von Christian Science, einer Sekte. Daher seine Begabung als Wanderprediger? Jedenfalls tingelt er in einer Art Polit-Roadshow quer durchs Netzwerk von Europas

Chefideologe: Bannon entzückt Neonazis

Steve Bannon (63) war Wahlkampfmanager und grosser Einflüsterer von Donald Trump im Weissen Haus. Er stammt aus einer Arbeiterfamilie, hat dieses Milieu aber längst hinter sich gelassen. Er studierte in Harvard und machte Geld bei der Superkapitalistenbank Goldman Sachs. Dann war er Filmproduzent und verkaufte rechten Republikanern Jubelfilme über die rechte Bewegung Tea Party und Propagandavideos gegen Linke.



BREITBART. Schliesslich wurde er Chef des ultrarechten Internetportals «Breitbart News», einer rassistischen Website der neuen Rechten («Alt-right»). Als ihn Trump nach seiner Wahl 2016 zum Strategieberater machte, waren US-Neonazis entzückt: «Bannon ist unser Mann im Weissen Haus.» Im August 2017 feuerte Trump Bannon wegen Differenzen in seinem Team. (rh)

radikalen Rechten. Vor Zürich war er in Mailand im Umfeld von Matteo Salvini, dem fremdenfeindlichen Führer der Lega, der 600 000 Migranten aus Italien werfen will. Zwischenstation machte er im Tessin bei Tito Tettamanti. Der Financier im Dunstkreis der SVP schart gerne Rechtsintellektuelle um sich. Und in einem Hotel in Zürich traf Bannon auch Alice Weidel, Co-Fraktionspräsidentin der rassistischen Alternative für Deutschland (AfD). Er gab ihr Tipps für den Aufbau einer Propaganda-Website à la «Breitbart News».

Dann zog Bannon nach Frankreich zu Marine Le Pen, der Führerin des rechtsextremen Front national, und hielt dort eine Rede. Tritt er bald auch bei den Nationalisten Osteuropas auf? Etwa beim österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache mit seinen Verbindungen zu braunen Burschenschaften? Oder bei Viktor Orbán, der gerade die Demokratie Ungarns zerstört? Bannon bezeichnete ihn in Zürich als «grossen Europäer». Wie auch immer: Bannon will seine rechtsextremen Botschaften in Europa auf neuen, nationalistischen Websites verbreiten.



la suisse existe
Jean Ziegler

KINDER STERBEN AUF LESBOS

Einer der schönsten Flecken Erde, die ich kenne, ist die griechische Insel Lesbos in der Ägäis. Meine Gedanken wandern mehrere Jahrzehnte zurück. An der Universität hatte ich einen klugen, sympathischen Studenten namens Stelios Kamnarakos. Sein Vater,

Die Asylprüfung durch Brüssel wird absichtlich verschleppt.

genannt Papa Dimitri, war der allseits geliebte, warmherzige

griechisch-orthodoxe Stadtpfarrer von Mytilini, der Inselhauptstadt. In seinem von Reben und Blumen umrankten Haus verbrachte ich unvergessliche Ferien.

ABSCHRECKENDER «HOTSPOT». Heute ist Lesbos ein Ort des Schreckens. Dank vor allem den dumpfen Bürokraten der Europäischen Union. Lesbos ist seit zwei Jahren ein sogenannter Hotspot. Was ist das? Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der türkische Präsident Recep Erdoğan schlossen 2016 einen Vertrag: Die gepeinigten Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, die über die Türkei ins EU-Land Griechenland flohen, sollten auf den ägäischen Inseln festgehalten werden. Dort sollten EU-Beamte ihre Asylgesuche prüfen. Bei einem ablehnenden Entscheid verpflichtete sich Erdoğan, die Geflohenen wieder zurückzunehmen. Europa schützte sich damit vor einem weiteren Flüchtlingsstrom, und die Türkei erhielt 1,8 Milliarden Euro.

Auf dem Hügel über Mytilini liegt hinter Stacheldraht und mit Glasscherben bestückten Mauern das Lager Moria. Es war für 1500 Menschen gebaut worden. Doch jetzt drängen sich hinter dem Stacheldraht über 6000 Personen. Die meisten von ihnen sind seit über einem Jahr dort gefangen. Die versprochene Asylprüfung durch Brüssel wird absichtlich verschleppt. Nur wenige EU-Beamte sind an der Arbeit. Warum? Die Antwort heisst: Abschreckung. Lesbos soll die Flüchtlinge entmutigen, ihr legitimes Asylrecht geltend zu machen.

HILFE DER UNO. Im Konzentrationslager Moria sind die Zustände fürchterlich. Kinder laufen barfuss im Matsch zwischen undichten Campingzelten herum. Duschen und Toiletten sind total verschmutzt. Für eine schlechte Mahlzeit stehen die Menschen manchmal drei, vier Stunden in der Schlange. Der Boden ist mit Fäkalien bedeckt, weil nachts kein Polizeischutz besteht und Frauen und Kinder sich nicht getrauen, auf die Toilette zu gehen. Im letzten Winter sind 17 Menschen erfroren, darunter 9 Kinder unter zehn Jahren. Wie viele werden es in diesem Winter sein? Die EU hat der Regierung Tsipras 700 Millionen Euro für die «Hotspots» überwiesen. Das Geld ist zum grössten Teil in der korrupten griechischen Verwaltung versickert. Hoffnung bietet nur noch das ferne Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Im Exekutivrat dieser Instanz ist die Schweiz sehr einflussreich. Unsere SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier sollten vom Bundesrat verlangen, dass das Uno-Hochkommissariat die Menschen im Lager Moria ermutige, ihr legitimes Asylrecht in Europa geltend zu machen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



ERFOLGREICH: Die Metallerrinnen und Metalller erstreikten sich kreativ einen wegweisenden Tarifvertrag (Gesamtarbeitsvertrag). FOTO: IG METALL / MICHAEL LATZ

Deutschland hat wieder eine Regierungskoalition

Hört die SPD doch noch mal die Signale?

Erneut schafft die deutsche SPD eine Regierungsmehrheit für Bundeskanzlerin Angela Merkel. Nutzt der verbliebene Rest der altbewährten Partei seine letzte Chance?

MICHAEL STÖTZEL

Deutschland hat sie wieder: die Neuaufgabe der Großen Koalition. Dabei wurden die CDU, ihre bayrische Schwester CSU und die SPD in den Wahlen vom 24. September letzten Jahres arg gerupft. Ein überzeugendes Mandat zur Fortsetzung der bisherigen Regierung sieht anders aus.

schuf Schröder einen Niedriglohnsektor, und seine Partei verlor damit die Reste ihrer Identität als ehemalige Arbeiterpartei und ihre Stammwählerschaft. Und da soll Scholz jetzt die für seine Partei rettende Wende einleiten? Den Bruch mit der Sparpolitik, mit der Schinderei der Arbeitslosen, mit Lohndruck und der Verarmung von 17 Prozent (2015) der Bevölkerung? Als Finanzminister sässe er dazu an der richtigen Stelle. Seine bisherigen Äusserungen zur Bedeutung der «schwarzen Null» im Bundeshaushalt, die er von seinem konservativen Vorgänger Wolfgang Schäuble übernommen hat und die

auch er in den kommenden Jahren unbedingt schreiben will, nähren Zweifel.

Da können wir es schon das Glück der SPD nennen, dass nicht nur sie gewaltige Probleme hat. Und, letztlich ist das vielleicht entscheidend: Ohne massive staatliche Investitionen dürfte der heimische Wirtschaftsmotor schon bald nicht mehr schnurren wie eine fette Katze.

TRANSFORMATION. Es geht im Vordergrund um den Automobilbau, die deutsche Schlüsselindustrie. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann hatte bereits im letzten Jahr zur Dieselkrise erklärt: «Wenn sie etwas Gutes hat, dann, dass weder Industrie noch Politik den Handlungsbedarf leugnen können.» Seine Gewerkschaft spricht mittlerweile gleich von einer notwendigen «Transformation der Industrie».

Mit der Nachrüstung von Dieselmotoren ist es nämlich nicht getan. Sie ist notwendig, wenn die Klimaziele nicht ganz abgeschrieben werden und 15 Millionen Wählerinnen und Wähler auf einem wertlosen Schrotthaufen sitzenbleiben sollen.

Auch mit gereinigten Abgasen bleibe der Diesel aber eine «Übergangstechnologie», meinen die Metalller. Sie arbeiten deshalb an neuen Mobilitätskonzepten, die einen radikalen Umbau von Industrie, Infrastruktur, Energieversorgung, Bildung, ja auch der persönlichen Lebensweisen verlangen (siehe Interview mit Hans-Jürgen Urban). Dafür wollen sie sich gegenüber der neuen Regierung starkmachen.

Vielleicht hört die SPD dann ja mal wieder die Signale. Es könnte ihre Rettung sein.

SCHRÖDERS FEGELSMANN. Scholz war Anfang des letzten Jahrzehnts SPD-Generalsekretär und treuer Gefolgsmann des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder. So unterstützte er auch dessen «Agenda 2010»: die Neoliberalisierung der SPD. Mit seiner Lohndumping- und Sparpolitik

Metallgewerkschafter Hans-Jürgen Urban zur neuen Großen Koalition in Deutschland und den Streikerfolgen der IG Metall

«Wenn sich die Sozialdemokratie nicht an Umverteilung heranwagt, wird sie scheitern»

Die neue deutsche Regierung packt nicht das an, was für das Land notwendig wäre. Meint Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der deutschen Industriegewerkschaft Metall. Seine erstarkte Organisation will Berlin auf die Sprünge helfen.

MICHAEL STÖTZEL

work: Fast ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen hat Deutschland endlich eine neue Regierung. Was halten Sie von der Neuaufgabe der Großen Koalition? **Hans-Jürgen Urban:** Sie ist nicht das Wunschergebnis der Gewerkschaften. Man sieht es ja schon daran, wie schwer die Regierungsbildung war, dass es sich um eine ausgesprochen vertrackte Situation handelt. Insofern sind wir der Auffassung, dass ohne gesellschaftlichen Druck keine allzu positiven Ergebnisse zu erwarten sind.

Immerhin hat Ihre IG Metall bei der Koalitionsvereinbarung Bereiche genannt, die für Arbeitnehmende positiv sind: Renten, Weiterbildung, Arbeitnehmerrechte in den Betrieben und die Europapolitik.

Es kommt immer darauf an, mit welchem Massstab man den jetzt ausgehandelten Koalitionsvertrag misst. Geht man eher pragmatisch ran und fragt, was angesichts des Wahlergebnisses realistisch war, dann lassen sich in diesem Vertrag durchaus Elemente finden, auf die sich die Gewerkschaften beziehen können. In diesen Punkten haben die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter nicht schlecht verhandelt. Bemisst man den Vertrag aber an dem, was eigentlich notwendig wäre, dann ist er überhaupt nicht zufriedenstellend. Es gibt also Chancen im Kleinen, aber Leerstellen im Grossen. In den nächsten Monaten werden wir versuchen, an den positiven Punkten anzusetzen. Ich hoffe, wir können hier noch etwas mehr erreichen.

Zum Beispiel?

Die Gewerkschaften haben im Wahlkampf stets gefordert, dass die gesetzliche Krankenversicherung wieder paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden finanziert werden müsse. Gegenwärtig ist diese Parität

«In kaum einem Land ist die Verbindung zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so eng wie in Deutschland.»

aufgebrochen, und die Versicherten tragen alleine die Zusatzkosten, die ihre Versicherungen aufgrund der Kostensteigerungen in der Gesundheitsversorgung verlangen. Der Koalitionsvertrag sieht jetzt vor, zur Parität zurückzukehren. Das betrachten wir durchaus als Erfolg gewerkschaftlicher Mobilisierung. Bei der Rente haben wir gefordert, dass das Rentenniveau nicht weiter gesenkt werden dürfe. Löhne und Renten sollen wieder parallel laufen, dann soll das Rentenniveau erhöht werden. Der erste Punkt könnte realisiert werden. Die neue Regierung verspricht, bis 2025 die Renten nicht weiter zu kürzen.

Aber ist das nicht geschehmt? Bis etwa 2025 soll es doch gar kein Problem sein, das jetzige Rentenniveau zu halten. Erst danach kommen die geburtenstarken Jahrgänge in die Rente. Ich wage immer vor angeblich sicheren Prognosen. Die Statistiker blamieren sich

selten so sehr wie bei der Vorhersage von Rentenentwicklungen. Richtig ist aber schon, dass die gegenwärtige Vorausschau eine relative Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2025 vorsieht. Das Versprechen, dieses Niveau bis dahin zu halten, ist also nicht gerade eine Revolution. Und vor allem: Es reicht nicht. Wir wollen eine Anhebung des Rentenniveaus.

Was finden Sie an den geplanten Massnahmen in der Bildungspolitik erfreulich?

Positiv ist sicher, dass der Bund die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen will, um bei der Finanzausstattung in verschiedenen Bereichen der Bildung mehr zu tun.

Also bessere Bildungschancen für alle?

Nein. Viele Studien zeigen, dass in kaum einem anderen kapitalistischen Land die Verbindung zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen so eng ist wie in Deutschland und die Verteilung von Bildungschancen dermassen ungerecht ist. Der Koalitionsvertrag spricht das nicht einmal richtig an.

Sagt er denn zumindest etwas zu den Bildungsinhalten?

Das ist die zweite Leerstelle. Bildung muss ja doch mehr sein als Wissen, das auf individuellen Aufstieg orientiert ist und die ökonomischen Zwänge reproduziert. Bildung im gewerkschaftlichen Sinne muss vor allem bedeuten, die Fähigkeiten zu erlernen, um sich in dieser komplizierten Welt besser zurechtzufinden und solidarische Handlungsweisen zu entwickeln. Davon ist wenig die Rede.

Für die Metallerrinnen und Metalller haben die Themen Ausbildung und Fortbildung entscheidende Bedeutung beim Umbau der deutschen Autoindustrie. Was ist zu tun, um die fast 900000 dort Beschäftigten mitzunehmen?

Es ist das Thema, das wir unter der Überschrift Transformation der Industrie zusammenfassen. Für uns ist es eines der Topthemen der Zukunft. Da geht es etwa darum, neue, ökologisch verträgliche Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Und in diesen Konzepten muss der Stellenwert des Autos und der individuellen Mobilität neu definiert werden. Zentral ist dabei für uns die Frage, welche Kompetenzen die Beschäftigten brauchen, um auf diesen strukturellen Wandel aktiv Einfluss nehmen zu können. Man stelle sich nur vor, was es bedeutet, vom Verbrennungsmotor zum Elektromotor zu wechseln. Welche Kompetenzen verlieren an Bedeutung, welche neuen werden gebraucht? Wie schafft es das Berufsbildungssystem, die notwendigen Qualifikationen zu organisieren? Auch in der Hinsicht ist der Koalitionsvertrag sehr blass.

Dabei verlangt ein Mobilitätswandel doch viel mehr als die Produktion besserer Autos. Gibt es dazu von Regierungseite bereits irgendwelche Überlegungen?

Klar, bei der Transformation der Automobilindustrie geht es bei weitem nicht nur um die Frage der Antriebstechnik. Ein ökologisches und gesellschaftsverträgliches Mobilitätskonzept verlangt einen radikalen Umbau von Infrastruktur und öffentlichem Verkehr, von Energieversorgung und Industrieproduktion. Die Regierung tut sich da bisher sehr schwer. Man schaue sich nur die Kakophonie an bei der Frage, wie mit den Schadstoffen der Dieselmotoren umzugehen sei. Bisher gibt es kein Konzept, unterschiedliche Ansprechpersonen in verschiedenen Ministerien, die unterschiedliche Dinge sagen...

...und eine starke Autolobby ...

...und hinter den Kulissen eine ungeheuer starke Lobby. So ist seitens der Großen Koa-



FOTO: IG METALL

HANS-JÜRGEN URBAN DENKER & KÄMPFER

Der 56jährige **Hans-Jürgen Urban** ist Geschäftsführer des Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall. Dort ist er zuständig für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung. Urban studierte Politologie, Wirtschaftswissenschaften und Philosophie. Er steht in der Tradition der Marburger Politologenschule, die auf den marxistischen «Partisanenprofessor» Wolfgang Abendroth zurückgeht. In diesem Zusammenhang unbedingt lesenswert ist sein Artikel in der Zeitschrift «Luxemburg» vom Januar dieses Jahres: «Der tote Hund als Berater: Marx-Consulting und die Gewerkschaften».

rebrand.ly/toterhund

lition bisher nicht einmal ansatzweise ein systematisches Konzept zu erkennen. Es wird jetzt eine Aufgabe der Gewerkschaften sein, ihre bereits entwickelten Konzepte in die politischen Debatten hineinzubringen und auf politische Grundsatzentscheidungen zu drängen. Ohne diese Entscheidungen im Bereich der Infrastruktur, der Industriepolitik, vielleicht auch im Bereich des Steuersystems, das Anreize schaffen könnte, wird es nicht gehen.

Das alles wird viel kosten. Ist die SPD, die jetzt das Finanzministerium übernimmt, überhaupt bereit, diese erheblichen Investitionen aufzubringen?

Das wissen wir noch nicht. Gegenwärtig kann niemand sagen, welche grundsätzlichen politischen Orientierungen die Partei entwickeln wird. Dazu ist ihr Zustand zu desolat. Aber ehrlich gesagt, allzu optimistisch sein, ihre bereits entwickelten Konzepte in die politischen Debatten hineinzubringen und auf politische Grundsatzentscheidungen zu drängen, diesmal nur mit einem sozialdemokratischen statt mit einem konservativen Finanzminister, ist programmiert, dass Europa an die Wand fährt und auch in Deutschland viele dringend notwendige Aufgaben nicht angepackt werden.

Zurzeit gibt es Milliardenüberschüsse im Bundeshaushalt. Reicht das nicht? Stimmt, gegenwärtig ist die Regierung in der privilegierten Situation. Sie kann auf Haushaltsüberschüsse zurückgreifen. Aber die eigentlich notwendigen Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse sind nicht in Sicht. Und es braucht wirklich eine umfassende Umverteilung von Einkommen und Vermö-

gen. Erst dadurch stünden die Finanzmittel zur Verfügung, die zur Modernisierung der Infrastruktur benötigt werden. Wenn sich die Sozialdemokratie an dieses Thema nicht heranwagt und in den Pfaden weitergeht, die der konservative Finanzminister Wolfgang Schäuble vorgespurt hat, wird sie scheitern.

Was die Verteilungsverhältnisse angeht, erklärte jüngst sogar ein Vertreter der Europäischen Zentralbank, dass Deutschlands Löhne zu tief seien. Das würde dann zu den Exportüberschüssen und zu Arbeitslosigkeit bei den Nachbarn führen.

Ich glaube, dass die Bedeutung der preisen Wettbewerbsfähigkeit für die deutschen Exportüberschüsse auch in vielen linken Debatten überbetont wird. Der deutsche Exporterfolg findet vor allem in Märkten für Qualitätsprodukte statt, die relativ preiselastisch sind. Der S-Klasse Mercedes ist ein echter Exporterschlagler, aber nicht, weil er billig wäre. Ausserdem liegen die Probleme bei der Lohnentwicklung nicht in den Tarifabschlüssen im Industriebereich, sondern eher in den eklatant nachhinken den Lohnabschlüssen in den Dienstleistungsbereichen. Diese gehen als niedrige Zulieferpreise in die Industrieprodukte ein. Zweitens und noch wichtiger ist, dass wir in der deutschen Wirtschaft mit unseren Flächenarbeitsverträgen, die den Schweizer Gesamtarbeitsverträgen entsprechen, immer weniger Beschäftigte erfassen.

Das gilt auch für den gerade abgeschlossenen Tarifvertrag?

In der Metallindustrie liegen wir mit unserem Deckungsgrad noch weit über 50 Prozent. Die grossen Probleme entstehen eher

in den produktionsorientierten Dienstleistungen, den Logistikbranchen, sogar im öffentlichen Dienst. Insgesamt erleben wir einen kontinuierlichen Rückgang des Geltungsbereichs des Flächenarbeitsvertrages.

«Wir fordern eine radikale Abkehr von der Sparpolitik in Deutschland und Europa.»

Und in den nicht tarifvertraglich geregelten Bereichen ist Lohndumping wirklich ein echtes Problem. Daran hat auch der Mindestlohn nichts Grundlegendes ändern können.

Umso beeindruckender war die Mobilisierungsfähigkeit der IG Metall bei ihren letzten Tarifrunden.

Diese Tarifrunde war in mehrfacher Hinsicht ein echter Erfolg. Zum einen lässt sich der Lohnabschluss wirklich sehen.

Linke Ökonomen wie Heiner Flassbeck kritisieren aber, dass die Lohnerhöhung nicht reiche.

Nun ja, das materielle Volumen eines Tarifabschlusses kann auf unterschiedliche Weise berechnet werden. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 27 Monate. Insgesamt addieren sich die 100 Euro Einmalzahlung und die 4,3 Prozent Tarifierhöhung in diesem Jahr sowie die Zusatzgelder von 27,5 Prozent eines Monatsentgeltes und 400 Euro im nächsten Jahr auf ein Volumen von mehr als 4 Prozent pro Jahr. Das liegt deutlich oberhalb des verteilungsneutralen Spielraums. Zusätzlich ist uns gelungen, einen erneuten Einstieg in die Arbeitszeit zu finden. Auf einer neuen Grundlage. Der Abschluss realisiert individuelle Zeitautonomie auf der Grundlage kollektiver Rechte.

Das Recht auf Arbeitszeitverkürzung steht grundsätzlich allen Beschäftigten als ein tarifvertraglich festgeschriebenes Recht zur Verfügung.

Neu und überraschend waren auch die Tagesstreiks. Das war der dritte grosse Erfolgsfaktor. Weil durch die üblichen Warnstreiks kein zufriedenstellendes Ergebnis zu erreichen war, haben wir eine neue Eskalationsstufe beschlossen, die 24-Stunden-Streiks. Diese fanden landesweit und über drei Tage statt. Dabei war die ganze Organisation einbezogen. Damit konnten wir den ökonomischen und politischen Druck deutlich steigern. Und die Kolleginnen und Kollegen, die bei dem Arbeitskampf beteiligt waren, nehmen den Abschluss als den ihren wahr, den sie selbst erkämpft haben. Das hat die Identifikation mit dem Abschluss ungeheuer positiv beeinflusst.

Werden sich die Metalller nach diesem Erfolg deutlicher in die Berliner Politik einmischen?

Natürlich erwarten die Mitglieder jetzt, dass wir diese neue Kraft und dieses gewonnene Selbstbewusstsein auch in der Gesellschaftspolitik einbringen. Angesichts der Tradition der IG Metall spielt hier die Sozialpolitik eine hervorgehobene Rolle.

Wäre das eine Hilfe auch für die SPD in der Koalition? Könnte das ihren Niedergang stoppen?

Ihre massiven Verluste sind vor allem die Folge der Neoliberalisierung ihrer Politik. Zwei neoliberale Illusionen spielten dabei eine grosse Rolle. Illusion Nummer eins: Wir deregulieren den Arbeitsmarkt, lassen Niedriglöhne und prekäre Arbeit zu und beseti-

gen dadurch die Arbeitslosigkeit. Das Resultat war nicht mehr gute Arbeit, sondern der rasante Anstieg prekärer Beschäftigung. Illusion Nummer zwei: Wir öffnen die Finanzmärkte und geben dadurch einen Revitalisierungsimpuls für die gesamte Ökonomie. Resultat: Der Finanzmarkt-Kapitalismus explodierte, und die Privatisierung etwa der Alterssicherung gewann an Tempo. Zwei Katastrophen für eine sozialdemokratische Kraft. Es war genau diese Politik, die das historische Band zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gekappt hat. Das haben viele bedauert, aber die mittlerweile deutlich grössere Distanz zur SPD bedeutet auch mehr gewerkschaftliche Autonomie, und das hat auch Vorteile. Aber natürlich können sich die Gewerkschaften den Niedergang der Partei keinesfalls wünschen. Denn ohne eine wiedererstarkte SPD ist eine fortschrittliche Konstellation in Berlin nicht möglich. Von einer solchen, einer linken Reformkraft, die die Sozialsysteme in Europa nicht dereguliert und abbaut, sondern sie umbaut und solidarisch erweitert, sind wir leider weit entfernt. Da liegt noch viel Arbeit vor uns.

Biberli meint: «Die Koalition ist gross.»



Lohnquote

Immer mehr für Aktionäre

Immer mehr Geld verschwindet in den Taschen von Managern und Aktionärinnen. Wie viel genau? Das hat nun der Europäische Gewerkschaftsbund ausgerechnet. Danach hätte ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in der EU heute 1764 Euro pro Jahr mehr in der Tasche, wenn die Lohnquote auf demselben Stand geblieben wäre wie in den 90er Jahren. Die Lohnquote ist der Anteil am Volkseinkommen, den Firmen als Löhne auszahlen. Diese Quote sinkt ständig: Von 72 Prozent im Jahr 1975 auf heute 63 Prozent. Aktionäre, aber auch Managerinnen griffen sich einen steigenden Anteil an den Unternehmensgewinnen, der dann nicht mehr für die Löhne zur Verfügung stand.

Mehr Infos auf der Seite des Europäischen Gewerkschaftsbunds: rebrand.ly/lohnklau

Neue Studie

Stress kostet Milliarden

Geschätzte 5 bis 5,8 Milliarden Franken gehen in der Schweizer Wirtschaft jährlich durch Stress verloren. Dies hat die vom Bund unterstützte Gesundheitsförderung Schweiz ermittelt. Eine neue Auswertung von Daten im Zeitraum von 2014 bis 2016 zeigt, dass Stress die Produktivität einschränkt. Nur ein Drittel geht aber aufs Konto von Absenzen. Für zwei Drittel ist das Phänomen des Präsentismus verantwortlich: Die Leute sind zwar im Job, aber arbeiten wegen dauernden Stresses nur noch mit reduzierter Leistung. Je länger Stress die Arbeit dominiert, desto höher sind die Produktivitätsverluste.

Alle Resultate auf: job-stress-index.ch

Landesstreik

Krieg, Streik und Grippe

Am 11. März 1918 läuteten in Biel die Kirchenglocken. Der Erste Weltkrieg war zu Ende. Aber dann begann der Landesstreik. Auch in der Uhrenstadt blieben Arbeitnehmende aus Protest gegen Hunger, Elend und politische Ohnmacht dem Job fern. Das Neue Museum Biel blendet in der Sonderausstellung «1918: Krieg und Frieden» auf jene sozial explosi-



FOTO: NMB

ven Tage zurück, in denen auch noch die Spanische Grippe wütete. Anhand von Dokumenten und Augenzeugenberichten eröffnet das Museum ein historisches Panorama aus der Region. Das Begleitprogramm mit Veranstaltungen und Führungen fragt auch nach der Bedeutung der damaligen Konflikte für unsere Gegenwart.

1918: Krieg und Frieden, Ausstellung im Neuen Museum Biel mit Rahmenprogramm. Bis 31. Dezember 2018. nmbiel.ch

«Oral History»-Projekt: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter berichten als Zeitzeugen für die Nachwelt

«So einer ist ein Sauhund»

Die Unia schreibt Geschichte und lässt 43 Persönlichkeiten aus ihrem Gewerkschaftsalltag erzählen. Seit den 1950er Jahren – und auf je zweistündigen Audiodateien.

RALPH HUG

Dario Marioli (89) kam aus Italien. Mit 27 trat der Bauarbeiter in die Baugewerkschaft ein. Vier Jahre später war er Sekretär in Aarau. Aber sein Start war schwer: «Ich musste stundenlang «schnure» – simultan übersetzen, was mein Kollege den italienischen Gastarbeitern sagte.» Marioli fuhr mit dem VW Käfer 80000 Kilometer pro Jahr, auch an den Wochenenden. Er erinnert sich: «Gegenüber meiner Frau hatte ich ein schlechtes Gewissen, weil ich oft weg war. Ich weiss gar nicht, wie ich das alles geschafft habe.»

HÖREN STATT LESEN

Mariolis Zeugnis ist eines von 43 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, welche die Unia für die Nachwelt gesichert hat. Unia-Archivarin Rita Lanz leitete das Projekt «Oral History». Sie sagt: «Wir wollten die persönlichen Erfahrungen von Zeitzeugen festhalten und so den enormen Wandel der Gewerkschaftsarbeit seit den 1950er Jahren dokumentieren.» Zum Zug kamen Präsidentinnen, Geschäftsleitungsmitglieder, Sekretäre und Vertrauensleute aus den Gewerkschaften Smuv, GBH, GBI, GTCP, VHTL und Unia. Jetzt ist das Projekt, das 2013 begann, abgeschlossen (siehe Box).

Es ist ein besonderes Geschichtsbuch: Wir müssen nichts lesen, sondern können den Personen zuhören. Vier erfahrene Historikerinnen befragten die Ausgewählten nach einem Leitfaden und liessen sie reden: über ihr Leben, ihre Karriere, ihre Arbeit, ihre Erfolge und Niederlagen. Alle Memoiren sind auf Audiodateien festgehalten. Jede zwei Stunden lang. Das ist spannend, lehrreich und auch unterhaltsam. Zum Beispiel, wenn die Uhrenarbeiterin Josiane Pasquier (76) erzählt, wie man sich nach Feierabend im Jura in der Beiz traf. Was oft länger dauerte. «Aber am Morgen waren stets alle wieder an der Arbeit.»

ANGST VOR DEN RUSSEN

Oder Marijan Gruden (78). Der für jugoslawische Saisoniers zuständige Bausekretär musste beim Tunnelbau an Gotthard oder Furka mehr als einmal mit Streik drohen. Ein andermal löste er ein Lohnproblem auf direkte Schweizerart. Als ein Bauführer eigenmächtig die Löhne kürzen wollte und behauptete, die Buezer seien damit einverstanden, rief Gruden den Firmenchef an. Er riet ihm, er solle besser keinen Mann beschäftigen, der Lügen verbreite: «So



VIEL ERLEBT, VIEL ERREICHT: Dario Marioli (unten links) und Josiane Pasquier (oben links und rechts an einer 1.-Mai-Demo in Neuenburg während ihrer aktiven Zeit als Gewerkschafterin). FOTOS: PETER MOSIMANN, ZVG



Fesselnd: Zeitzeugen berichten

Diese Namen sind noch geläufig: Christiane Brunner, Fritz Reimann, Peter Nabholz, Vasco Pedrina, Hans Schäppi, Gilbert Tschumi, Bruno Cannellotto, Martin Meyer, Andreas Rieger oder Rita Schiavi. Sie alle und noch viele mehr prägten in den letzten fünf Jahrzehnten die Unia und ihre Vorläufergewerkschaften. 43 Menschen machten am «Oral History»-Projekt mit, indem sie aus ihrem Leben und ihrer Arbeit in der Gewerkschaft erzählten. «Oral History» ist eine Methode der Geschichtswissenschaft, die auf dem Sprechenlassen von Zeitzeugen basiert und wird auch «Zeitgeschichte von unten» genannt. (rh)

einer ist auf gut berndeutsch ein «Souhung.» Zwei Tage später sei der Bauführer weg gewesen.

Dass Gewerkschaftsarbeit viel mit Politik zu tun hat, geht aus den Erinnerungen des kürzlich verstorbenen Roland Roost hervor. Für ihn hat der

Fall der Berliner Mauer 1989 die Szene schlagartig verändert: «Vorher hatten die Patrons Angst vor den Russen. Wir konnten einiges durchsetzen. Danach hatten sie keine Angst mehr, sie wurden aggressiver und zugeknöpfter und die Konflikte härter.» Und

«... es gab keinen Patron mehr.»

eine andere wichtige Erinnerung schildert der ehemalige VHTL-Präsident Martin Meyer (70) am Beispiel von Chocolat Tobler («Toblerone»): «Mit dem Patron der Firma gab es oft rote Köpfe, aber nachher reichten wir uns die Hand. 1982 übernahmen Grosskonzerne das Unternehmen. Plötzlich sasssen Manager am Tisch, es gab keinen Patron mehr.»

Die Zeugnisse der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind im Sozialarchiv Zürich aufbewahrt. Zweiminütige Ausschnitte sind auf der Website bild-video-ton.ch unter der Signatur F_1021 zu hören.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart



EINWANDERUNG: BESSERE KONTROLLE DANK FLANKIERENDEN

Dank den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit wird den Arbeitgebern in der Schweiz erstmals richtig auf die Finger geschaut. Die Lohnkontrolleurinnen überprüfen pro Jahr über 40000 Firmen, ob diese korrekte Löhne und Sozialversicherungsabgaben bezahlen. Im Dumpingfall müssen Firmen Bussen bezahlen. Und sie werden von Bund und Kantonen aufgefordert, die Löhne zu erhöhen.

SCHWARZARBEIT. Das frühere Kontingentsystem in der Schweizer Ausländerpolitik vor 2002 war dagegen ein Wunschkonzert der Arbeitgeber. Sie erhielten ihre Bewilligungen meistens wie gewünscht. Kontrollen der Löhne und Arbeitsbedingungen gab es kaum. Das gab neulich sogar Mario Gattiker zu, der oberste Migrationsbeamte: «Die Kontingente wurden stets der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt angepasst, eine Begrenzung der Zuwanderung gab es nicht.» Weil es kaum Kontrollen gab, haben

die Arbeitgeber viele Leute schwarz angestellt. Etwa, um keine Sozialabgaben zu bezahlen. Schätzungen gingen fürs Jahr 1990 von 120000 bis 180000 illegal Beschäftigten aus. Die Einwanderungsstatistiken zeigen das klar. In wirtschaftlichen Boomjahren wie den 1960ern oder vor 1991 stellten die Firmen mehr Personal aus dem Ausland ein. Die Einwanderungszahlen stiegen. In Rezessionsphasen wurden deutlich weniger Aufenthaltsbewilligungen ausgestellt. In diesen offiziellen Statistiken ist die Schwarzarbeit natürlich nicht enthalten. Sonst wären die Zahlen vor allem für die Zeit vor der Einführung der Personenfreizügigkeit noch höher.

VERNETZT. Die Einwanderungszahlen der jüngeren Zeit sind vergleichsweise wenig auffällig. Obwohl der Arbeitsmarkt viel internationaler geworden ist. Wegen des Internets sind die offenen Stellen in der Schweiz heute beispielsweise weltweit sichtbar.

Die Wirtschaftslage prägt die Einwanderung



Früher wurden die offenen Stellen dagegen fast nur in den Schweizer Ausgaben der Zeitungen ausgeschrieben. Das zeigt: Die Einwanderung ist vor allem durch die Wirtschaftslage geprägt. Doch dank den flankierenden

Massnahmen bekämpft die Schweiz seit der Personenfreizügigkeit erstmals Lohndumping.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Zehntausende am Weltsozialforum in Salvador da Bahia

Eine andere Welt ist möglich

Während fünf Tagen traf sich die weltweite Sozialforum-Bewegung zum 14. Mal. work war in Brasilien mit dabei.

PATRICIA D'INCAU, SALVADOR DA BAHIA

Es summt und hupt. Den beiden Äffchen ist das egal. Ungestört turnen sie vor dem Hotel von Ast zu Ast. Schliesslich summt und hupt es ständig in der brasilianischen



work-Redaktorin
Patricia d'Incau.

Küstenstadt Salvador da Bahia, der Wiege des grössten Strassenkarnevals der Welt. Sie ist ein Juwel am Rande des Atlantiks, mit bunten Gebäuden und tristen Hochhäusern, ratternden Klimaanlage

und fröhlichem Stimmengewirr. Der Karneval ist zwar vorbei, doch schon läuft der nächste Rummel: das Weltsozialforum (WSF). Rund hunderttausend Menschen sind dafür nach Salvador da Bahia gereist. Bei 29 Grad im Schatten wollen sie besprechen, wie diese Welt noch zu retten sei.

AUFSTAND UNTER PALMEN

Vieles liegt im Argen: Umweltzerstörung und Steuerflucht, Ressourcenraub und bewaffnete Konflikte, Milliarden für ein paar Einzelne und Brösmeli für die Bevölkerung. Es sind dieselben Fragen wie schon vor fast zwanzig Jahren. Beim ersten Weltsozialforum. Es ist ein Kind der globalisierungskritischen Bewegung, die um die Jahrtausendwende Schlagzeilen machte. Seattle, Genua, Davos: wo immer sich die Wirtschaftselite traf, gab es Widerstand. Massive Kritik an den Multis. Der gemeinsame Nenner der Protestierenden: der Neoliberalismus, der den Profit über das Wohl der Bevölkerung stellt. Die Zielscheiben der Protestierenden: G8, Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfonds (IWF) und das Weltwirtschaftsforum (WEF).

Das WEF verhalf dem Sozialforum schliesslich zum Erfolg: Als die Reichen und Mächtigen im Januar 2001 ein weiteres Mal in Davos eintrudelten, um im exklusiven Kreise den Zustand der Welt zu verhandeln, versammelten sich ihre Gegnerinnen und Gegner unter der brasilianischen Sonne. Ihr Motto: «Eine andere Welt ist möglich!» Mit dabei war damals Erica Hennequin.

Das WEF verhalf dem Sozialforum schliesslich zum Erfolg: Als die Reichen und Mächtigen im Januar 2001 ein weiteres Mal in Davos eintrudelten, um im exklusiven Kreise den Zustand der Welt zu verhandeln, versammelten sich ihre Gegnerinnen und Gegner unter der brasilianischen Sonne. Ihr Motto: «Eine andere Welt ist möglich!» Mit dabei war damals Erica Hennequin.

PROTEST UND VOLKSFEST

Sie sitzt für die Grünen im jurassischen Kantonsparlament, und sie erinnert sich: Aufregend sei's gewesen, ein richtiges Volksfest. Hennequin: «Etwas, das es vorher noch nie gegeben hat.» Weil das Weltsozialforum damals zeitgleich mit dem WEF stattfand, war die Botschaft klar: «In Davos versammelten sich wenige Superreiche, in Porto Alegre Tausende aus dem Volk.»

Das schlug ein. Wo auch immer die Protestkarawane in den kommenden Jahren Halt machte (siehe Box), schaute die Weltöffentlichkeit hin. Und die US-Zeitung «New York Times» schrieb, da formiere sich «eine neue Supermacht».

Plötzlich zeigte sich, dass Wirtschaftseliten und Grosskonzerne ihre Pläne tatsächlich nicht mehr so einfach wie bisher durchdrücken können. Die Verhandlungs-

runde der Weltwirtschaftsorganisation (WTO) verlief 2003 im Sand. Die WTO wollte, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Türen uneingeschränkt öffnen müssen zugunsten des reichen Westens. Ohne dass sie noch eigene Regeln aufstellen können. Das wäre ein Freibrief für die Multis gewesen. Doch die Staaten im Süden, darunter Brasilien, sagten Nein. Ein Erfolg, den diese auch dem Weltsozialforum zuschrieben.

DAS BEISPIEL JURA

Auch im Jura blühte plötzlich der Geist der Revolte. Alcosuisse, der einzige Schweizer Ethanol-Lieferant, wollte in Delémont die erste Biotreibstoff-Raffinerie bauen. Sie sollte das zweitgrösste Unternehmen im Kanton werden. Der Plan: Bioethanol herstellen mit Zucker aus Brasilien.

Eine Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten wehrte sich. Grünen-Politikerin Hennequin war eine von ihnen. Am Weltsozialforum in der nordbrasilianischen Stadt Belém hatte sie 2009 eine Zuckerfabrik besuchen können. Sie erzählt: «Der Chef hat uns herumgeführt und gesagt, bei ihm gebe es «soziale Arbeit.» Doch die Wahrheit sah anders aus: überlange Arbeitszeiten, schlechte Unterkünfte und ein kleiner Lohn, mit dem nur in betriebseigenen Geschäften eingekauft werden durfte. Noch schlimmer: Kurz vor dem Besuch hatte die Polizei mehrere Angestellte aus dem Fabrikgelände befreien müssen. Das erzählte



Erica Hennequin,
Grüne Jura.

Hannequin in Delémont, auf der Strasse und im Parlament. Der öffentliche Druck gegen das Projekt wuchs. Bis es 2011 schliesslich auf Eis gelegt wurde. Ein Erfolg, der für Hennequin auch mit dem Weltsozialforum zu tun hat.

Deshalb ist Erica Hennequin auch jetzt wieder dabei. In Salvador da Bahia. Viele andere bleiben mittlerweile aber weg. Von einer Krise des Sozialforums ist die Rede. Von den Medien, die sich nicht mehr dafür interessierten. Hauptsächlich deshalb, weil das Weltsozialforum bis heute keine gemeinsamen Beschlüsse fasst. Weil es nur Plattform sein will für unzählige Gruppen und Bewegungen, ohne selbst eine feste Organisation zu werden. Ein buntes Fest, zu dem alle eingeladen sind, ganz ohne Verpflichtungen. Gerade Verpflichtungen wären aber nötig, damit das Sozialforum wieder zu mehr Einfluss käme. Das sagen kritische Stimmen. Auch an diesen hat es nie gemangelt: seit Beginn wird dem Weltsozialforum das Ende prophezeit.

KRISE! WELCHE KRISE?

Von Krise war dieses Jahr allerdings wenig zu spüren. Im Mittelpunkt standen in Salvador da Bahia die Frauen. Zum Beispiel bei der brasilianischen Baugewerkschaft SINTEPAV. In Brasilien arbeiten mehr als 200 000 Frauen im Bausektor. Gewerkschafterin Dulcilene Morais fasst ihre Probleme so zusammen: «Sie erleben auf der Arbeit oft sexuelle Belästigung oder gar Gewalt. Und Frauen verdienen rund 30 Prozent weniger als ihre Kollegen.» Die Baugewerkschaft will das ändern.

So schliesst sich der Kreis zwischen Süd und Nord. Oder wie Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corinne Schärer es am Treffen der Unia-Delegation mit SINTEPAV formuliert hat: «In Sachen Lohngleichheit ist der Kampf in Brasilien derselbe wie jener in der Schweiz.» In der Arbeitswelt würden alle Frauen mehr Schutz brauchen: in der Schweiz genauso wie in Brasilien.



BILDERBUCH:
Impressionen vom Weltsozialforum in Brasilien mit den Unia-Frauen Rita Schiavi (oben) und Corinne Schärer (4. Bild von unten).



WELTZOZIALFORUM

BEWEGTE GESCHICHTE

Mit der Austragung in Salvador da Bahia (Brasilien) kehrte das 14. Weltsozialforum in sein Ursprungsland Brasilien zurück. In der Zwischenzeit fand das Weltsozialforum in anderen südamerikanischen Ländern sowie in Asien, Afrika und Nordamerika statt. Die wichtigsten Stationen des Weltsozialforums:

2003, PORTO ALEGRE (BRASILIEN): Das dritte Weltsozialforum erreichte erstmals 100 000 Teilnehmende. Das Forum war geprägt von der bevorstehenden Invasion der USA im Irak. Es stand am Anfang der grössten Anti-Kriegs-Demonstrationen in der Geschichte.

2004, MUMBAI (INDIEN): Das Weltsozialforum fand zum ersten und bisher einzigen Mal in Asien statt. Schwerpunkt der Diskussionen war das Kastensystem Indiens.

2009, BELÉM (BRASILIEN): Die Amazonasstadt wurde wegen des Klimawandels als Austragungsort gewählt. Schwerpunkte waren Ökologie und Klimagerechtigkeit, die Probleme der indigenen Völker sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.

2011, DAKAR (SENEGAL): Zum ersten Mal fand das Weltsozialforum in Afrika statt. Im Mittelpunkt standen die Themen Ressourcen und Ausbeutung sowie die Demokratiebewegungen in Afrika.

2013, TUNIS (TUNESIEN): Das Weltsozialforum war geprägt von der Aufbruchstimmung des arabischen Frühlings. Nach der tunesischen Revolution fanden dort 2011 erstmals freie Wahlen statt.

2016, MONTRÉAL (KANADA): Das Weltsozialforum schlug erstmals seine Zelte in einem westlichen Industrieland auf. Im Mittelpunkt standen Themen wie Armut, Umweltschutz, Klimawandel, Steuerflucht und Flüchtlingspolitik. Nur rund 50 000 Personen nahmen teil – unter anderem, weil die Teilnahme für viele Delegierte aus Afrika, Südamerika und Asien aus Kostengründen nicht möglich war. Oder weil sie keine Visa erhielten. (pdi)



Das offene Ohr

Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Krankentaggeld: Die Firma bezahlt mir den Lohn nicht, was kann ich tun?

Ich arbeite seit 2 Jahren für eine Metzgerei. Vor drei Monaten wurde ich krank. Wann ich wieder arbeiten kann, weiss ich noch nicht. Die Firma hat finanzielle Probleme. Seit meiner Erkrankung habe ich den Lohn nicht mehr erhalten. In meinem Arbeitsvertrag steht, dass eine Krankentaggeldversicherung abgeschlossen worden sei. Mein Chef behauptet, er könne mir den Lohn erst ausbezahlen, wenn die Krankentaggeldversicherung zahle, was diese aber noch nicht gemacht habe. Ein Kollege hat mir gesagt, ich könne von der Krankentaggeldversicherung verlangen, dass sie mir die Taggelder direkt auszahle. Stimmt das?

REGULA DICK: Ja. Sie haben gegenüber der Krankentaggeldversicherung einen eigenen rechtlichen Anspruch auf die Krankentaggeldleistungen. Sie können verlangen, dass das Tag-



EINKOMMEN TROTZ KRANKHEIT: Die Versicherung muss zahlen. FOTO: FOTOLIA

geld direkt an sie ausbezahlt werde. Ihr Arbeitgeber ist übrigens verpflichtet, ihnen den Namen der Krankentaggeldversicherung zu nennen. Wenden Sie sich in einem Einschreibebrief an die Versicherung. Teilen Sie ihr mit, dass der Arbeitgeber Ihnen das Taggeld nicht auszahle, und fordern Sie sie auf, diese an Sie persönlich zu überweisen. Legen Sie dem Schreiben Ihre Arztzeugnisse bei, und senden Sie sie in Zukunft sowohl dem Arbeitgeber als auch an die Krankentaggeldversicherung.

Familienzulage: Keine Auszahlung wegen Krankheit?

Ich arbeite seit ein paar Monaten in einem kleinen Transportunternehmen. Wegen einer schweren Erkrankung war ich 2 Monate arbeitsunfähig. Auf den Lohnabrechnungen habe ich gesehen, dass die Familienzulagen für meine zwei Kinder fehlen. Eine Krankentaggeldversicherung besteht nicht. Sind diese Lohnabrechnungen korrekt?

REGULA DICK: Nein. Wer wegen Krankheit oder Unfall nicht arbeiten kann, hat mindestens während des Monats, in dem die Arbeitsunfähigkeit beginnt, und noch weitere drei Monate Anspruch auf die Familienzulagen. Danach werden die Zulagen nur noch ausbezahlt, wenn weiterhin ein Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht. Wer nur noch Krankentaggelder bezieht, erhält hingegen keine Familienzulagen mehr.



KINDERGELD: Was passiert mit den Zulagen bei Krankheit? FOTO: PIXABAY



Kleider-Vorschriften: Das sind die Regeln

Hasenohren zu Ostern: die Firma zum Affen

Strand-Outlet, Fasnachtskostüm oder Minirock: work erklärt Ihnen, welche Kleidervorschriften Ihr Chef oder Ihre Chefin machen darf – und welche nicht.

SINA BÜHLER

Im Detailhandel haben es manche Geschäfte gerne originell. Um den Verkauf von saisonalen Produkten anzukurbeln, verkleiden sie ihre Mitarbeitenden: mit Samichlausmützen oder Elfenkostümen in der Vorweihnachtszeit, lustigen Hasenohren zu Ostern, Strandkleidern in den Sommerferien. Solange es den Mitarbeitenden nichts ausmacht, spricht nichts gegen die Verkleidung. Was aber, wenn Sie sich nicht verkleiden

Die Firma darf Ihnen den sehr kurzen Rock verbieten.

möchten? Dann dürfen Sie als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter in bestimmten Fällen auch Nein sagen. Ihre Vorgesetzten haben zwar das Recht, Ihnen spezielle Arbeitskleidung vorzuschreiben – aber nur dann, wenn diese akzeptabel ist. Das ist etwas vage, bedeutet aber: Ist die vorgeschriebene Kleidung entwürdigend oder lächerlich, so müssen Sie sie nicht tragen. Denn Ihr Arbeitgeber darf Ihre Persönlichkeit und Würde nicht verletzen. Verboten sind auch Kleidervorschriften, die sachlich keine Begründung haben und als Schikane gedacht sind.

KEIN SEXISMUS

Natürlich sind auch sexistische Vorschriften tabu. Das gilt beispielsweise für freizügige Kleidung. Serviceangestellte kennen das Problem: «Trag einen kürzeren Rock, öffne mehr Blusenknöpfe!» hören Sie von der Chefin oder vom Chef, der mit sexy Personal die Gäste zum Konsumieren animieren will. Derartige Aufforderungen sind sexistisch und beleidigend, und Sie müssen sie nicht befolgen.

Umgekehrt darf Ihnen Ihre Chefin oder Ihr Chef den sehr kurzen Rock oder den allzu tiefen Ausschnitt verbieten, wenn dies sachlich gerechtfertigt ist. Dies ist etwa in Branchen der Fall, in der seriöses Auftreten wichtig ist und Sie viel Kundinnen- und Kundenkontakt haben.

KEINE REGELUNG

Nicht alle Firmen haben Regelungen zur Berufskleidung. Es kann gut sein, dass es Ihnen völlig freigestellt ist, was Sie zur Arbeit anziehen möchten. In diesem Fall müssen Sie aber alle Kosten übernehmen. Ihre Vorgesetzten gehen davon aus, dass Sie die Kleider auch in Ihrer Freizeit tragen können. Sie sollten sich dabei aber an gewisse informelle Normen halten: Flip-Flops, Flecken und Löcher, knappe Shorts und Trägerleibchen sind in den meisten Berufen unangebracht. Wenn Sie unsicher sind, reden Sie am besten mit Ihren Kolleginnen und Kollegen.

LOCKERE RICHTLINIEN

Vielleicht hat Ihr Betrieb lockere Richtlinien aufgestellt: zum Beispiel, dass Sie ein blaues Hemd und eine schwarze Hose tragen sollen. Auch hier sind die Kleider freizeittauglich: Kauf und Reinigung sind also Ihre Sache. Wenn Ihre Chefin oder Ihr Chef hingegen will, dass Sie ganz bestimmte Kleider tragen, dann müssen Sie diese nicht selber bezahlen. Im Zweifelsfall helfen Ihnen die Betriebs- oder Personalkommission und die Gewerkschaft.

In Modegeschäften ist es üblich, dass das Personal Kleider der verkauften Marken trägt. Ihre Chefin oder Ihr Chef darf dies zwar fordern, aber Sie müssen die Kleider nicht selber bezahlen. Denn im Obligationenrecht steht, dass Ihre Firma Sie mit dem Material aus-

WORKTIPP

HIER GIBT'S UNTERSTÜTZUNG

Sind Sie nicht sicher, ob Sie Ihre Arbeitskleidung selber kaufen müssen? Verlangt Ihre Firma, dass Sie sogar Ihre Uniform bezahlen? Bei Problemen oder Fragen wenden Sie sich an Ihr zuständiges Unia-Sekretariat. Die Adressen finden Sie unter unia.ch. Tipps, wie Sie mit Missständen bei Ihrer Arbeitssicherheit oder beim Gesundheitsschutz umgehen, finden Sie hier: rebrand.ly/misstand.



KEINE KOHLE: Mit Stipendium, Darlehen oder Nebenjob können Sie ohne Geldsorgen studieren. FOTO: KEYSTONE

Darlehen und Stipendien So studieren Sie

Sie wollen studieren, aber das Geld reicht nicht? Darlehen und Stipendien machen's möglich.

SINA BÜHLER

Studieren ist teuer. Laut der Budgetberatung Schweiz betragen die monatlichen Kosten für Studierende, die zu Hause wohnen, 1840 Franken und 2720 Franken für Studierende, die ausgezogen sind (rebrand.ly/budgetstudium). Da stellt sich bei vielen Wissbegierigen die Frage, wie sie das finanzieren sollen.

Grundsätzlich sind die Eltern für die Kosten der Erstausbildung ihrer Kinder verantwortlich. Darunter fallen Berufslehren, Fachschulen oder Gymnasien. Weil die gymnasiale Matura noch nicht als

Berufsabschluss gilt, müssen die Eltern auch ein anschliessendes Studium bezahlen. Es gibt Kantone, in denen selbst eine Berufsmatura noch nicht als Abschluss der Erstausbildung gilt. Dort müssen die Eltern also auch das weiterführende Studium bezahlen. Für viele Familien ist das ein Problem, vor allem dann, wenn mehrere Kinder gleichzeitig in Ausbildung sind.

Studieren kostet pro Monat zwischen 1800 und 2700 Franken.

Überall in der Schweiz haben Auszubildende mit wenig Geld die Möglichkeit, kantonale Unterstützungsbeiträge zu bekommen. Jährlich gibt der

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



UNTERHALTUNG FÜR UNTERWEGS: Mit Gratisprogrammen können Sie Videos auf Ihren Computer laden und überall anschauen. FOTO: FOTOLIA / MONTAGE: WORK

Videos anschauen auch ohne Internet-Empfang

Mit der richtigen Software können Sie Videos und Musik aus dem Internet auf dem Computer speichern. So können Sie sie später ohne Verbindung zum Internet ansehen oder hören, etwa im Zug.

Viele TV-Sendungen von SRF, ORF und den deutschen öffentlichen Sendern lassen sich auf ihren Websites anschauen («streamen»). In zwei

Schritten können Sie sie auf Ihren Computer herunterladen: Installieren Sie zuerst die Abspielsoftware «VLC-Player» (unter videolan.org/vlc). Laden Sie dann die Gratissoftware «Mediathek View» herunter. Wählen Sie dazu via saldo.ch/mediathek zunächst das richtige Betriebssystem, und klicken Sie dann auf den obersten grünen «Download»-Knopf. Nun listet «Mediathek View» alle aktuellen Streams der Sender auf. Ein Klick auf den blauen Pfeil startet das Herunterladen.

Von einem Video nur die Musik speichern? Kein Problem.

EINFACHER DOWNLOAD. Youtube-Videos und Musik können Sie mit der Website Convert2mp3.net einfach herunterladen. Kopieren Sie unter «Videolink einfügen» den Link des Clips hinein. Rechts wählen Sie, ob Sie nur die Tonspur oder auch das Bild wollen. Zuletzt klicken Sie auf «Umwandeln». Die fertige Datei lässt sich dann mit «Download starten» herunterladen. Auch Musik von Internetradiosendern können Sie einfach mitschneiden und abspeichern. Dafür geeignet sind etwa die Programme «Phonostar» oder «Streamwriter». MARC MAIR-NOACK

Muss ich mich für machen?



LÄCHERLICH: Entwürdigende Kleidung müssen Sie am Arbeitsplatz nicht tragen. FOTO: 123RF

statten muss, das Sie für Ihre Arbeit benötigen, dazu gehört auch die Arbeits- und Berufskleidung. Kaufen Sie diese selber, so sind Sie dafür zu entschädigen.

Was überhaupt nicht geht: Ihre Firma zieht Ihnen eine Pauschale vom Lohn für Einkäufe im eigenen Geschäft ab. Das fällt unter das sogenannte Truckverbot, laut dem Sie über Ihren vollen Lohn selber verfügen können.

REINIGUNG DER UNIFORM
Brauchen Sie zum Arbeiten eine Uniform? Die Firma muss sie Ihnen beschaffen oder bezahlen. Und sie muss auch die Reinigung übernehmen oder diese bezahlen. Denn die Uniform ist ein zwingendes Arbeitsinstrument. Die meisten Gesamtarbeitsverträge (GAV) sehen entsprechende Regelungen vor. Im GAV mit

Uniformen muss die Firma bezahlen und auch reinigen.

Detailhändlerin Coop steht zum Beispiel: «Dem Personal wird die geeignete Berufskleidung abgegeben.» In vielen GAV ist auch die Frage der Reinigungskosten geklärt. So heisst es beispielsweise im GAV des Schweizer Gastrogewerbes: «Wird das Reinigen und Glätten der Berufskleidung für Köche und Pâtissiers nicht vom Betrieb übernommen, hat der Arbeitgeber monatlich 50 Franken zu bezahlen.» Dasselbe gilt für die Westen des Servicepersonals und für die Dienstkleidung von anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Gastronomie. In manchen GAV steht jedoch, dass Sie selbst für die Reinigung der Berufskleidung aufkommen müssen.

Was für Sie gilt, können Sie unter gav-service.ch nachschauen. Gibt es in Ihrer Branche keinen Gesamtarbeitsvertrag, können entsprechende Regelungen auch in Ihrem Einzelarbeitsvertrag oder dem Betriebsreglement stehen.

PFLICHT UND RECHT SCHUTZKLEIDUNG

Eine besondere Art der Berufskleidung ist die Schutzkleidung. Ihre Firma muss alles tun, um Ihre Gesundheit zu schützen und Arbeitsunfälle zu verhindern. Schützende Kleidung – dazu gehören auch Sicherheitsschuhe, Gehörschutz, Helm, Brille, Handschuhe und Regenschutz – ist bei gewissen Berufen und Arbeitsplätzen deshalb Pflicht. Laut Unfallversicherer Suva erhöht Schutzkleidung Ihren Schutz vor:

- mechanischen Gefahren von Maschinen oder scharfen, spitzen Teilen;
- chemischen Gefahren wie Säuren, Laugen, Stäube;
- biologischen Gefahren wie Bakterien, Viren, Pilzen;
- elektrischen Gefahren;
- Hitze, Kälte und Nässe.

Ob Ihre Schutzkleidung tatsächlich wirksam ist, erkennen Sie an den speziellen Etiketten zur Schutzfunktion und dem Anwendungsbereich. Die Piktogramme und ihre Erklärung finden Sie hier: rebrand.ly/schutzkleidung.

PFLICHT UND RECHT. Das Tragen von Schutzkleidung ist eine Pflicht. Wenn Sie sie nicht tragen, darf Ihre Firma Sie unter Umständen sogar fristlos entlassen. Das Tragen von Schutzkleidung ist aber auch ein Recht. Falls Sie das Gefühl haben, ungenügend geschützt zu sein, wenden Sie sich an Ihre Gewerkschaft und an das zuständige Arbeitsinspektorat. Und: Sie können die Arbeit so lange verweigern, bis Sie angemessen ausgerüstet sind. Ihre persönliche Schutzkleidung muss von Ihrem Arbeitgeber zur Verfügung gestellt und bezahlt werden. Auch die Reinigung ist Sache des Betriebs. (sib)

trotz knapper Kasse

Staat mehr als 320 Millionen Franken dafür aus. Obwohl die Kantone schon länger versuchen, die Gesetzgebung zu harmonisieren, sind die Anforderungen und vor allem die ausbezahlten Beträge immer noch sehr unterschiedlich.

Ob Sie Anspruch auf Stipendien haben, hängt nicht nur vom Einkommen von Ihren Eltern ab, sondern auch von ihrem Vermögen. Und wenn Sie während des Studiums selber Geld verdienen, wird das ebenfalls einbezogen.

KANTONALE STIPENDIEN. Für die Stipendienvergabe ist jener Kanton zuständig, in dem die Eltern wohnen. Sind Sie erwachsen und waren zuvor bereits erwerbstätig? Dann ist Ihr eigener Wohnkanton zuständig. Hier

finden Sie die Adressen aller kantonalen Stipendienstellen: stipendien.educa.ch.

DARLEHEN. Immer häufiger geben Kantone Darlehen statt Sti-

Drei Viertel aller Studierenden jobben neben dem Studium.

pendien. Der Unterschied: Ein Darlehen müssen Sie – einschliesslich Zinsen – zurückbezahlen, ein Stipendium nicht. Die Adressen für die kantonalen Darlehen sind dieselben wie für die Stipendien.

STIFTUNGEN. Haben Sie keinen Anspruch auf staatliche Stipendien? Oder reicht das Geld trotzdem nicht? Dann können

Sie bei privaten Stiftungen für Unterstützung anfragen. Diese vergeben oft Beiträge für spezifische Studiengänge oder besonders gute Leistungen. Suchen Sie im eidgenössischen Stiftungsverzeichnis unter dem Stichwort «Studium» oder «Stipendium»: rebrand.ly/stiftungen. Überprüfen Sie auch auf den Websites Ihrer Gemeinde oder Ihrer Kirchgemeinde, ob diese Stipendien ausschreiben.

NEBENERWERB. Gut drei Viertel aller Studierenden arbeiten neben dem Studium – sei es Teilzeit, abends, am Wochenende oder in den Ferien. Das kann zwar ein Studium um ein, zwei Semester verlängern, die Berufserfahrung ist später aber sicher ein Pluspunkt bei der Stellensuche.

UNTERSTÜTZUNG AUCH FÜR DIE LEHRE

Stipendien können Sie nicht nur für ein Studium beantragen, sondern bereits für das Gymnasium oder die Berufslehre. Die meisten Stipendienstellen achten darauf, dass die Ausbildung staatlich anerkannt ist. Unter stipendien.educa.ch finden Sie viele Informationen. Denken Sie daran, dass Sie Stipendien jährlich neu beantragen müssen, und zwar vor Beginn des Studienjahres. Oft dauert es sehr lange bis zur Auszahlung. Es kann sogar sein, dass Sie das Geld erst am Ende des Studienjahres erhalten.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Darf ich Skilehrerin werden?

Seit einem halben Jahr bin ich in der Lehre als Detailhandelsassistentin EBA in einer Bäckerei. Der Unterricht an der Berufsschule fällt mir manchmal schwer, weshalb meine Lehrmeisterin mir Zeit gibt, um zu lernen und Hausaufgaben zu erledigen. Nun möchte ich eine Ausbildung als Skilehrerin von Jugend und Sport machen. Dafür brauche ich eine Woche frei von Unterricht und Arbeit. Meine Ausbilderin möchte das nicht erlauben, da ich sonst schon weniger arbeite als andere Lernende. Was kann ich tun?



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

« Wenn Du eine Weiterbildung oder Ausbildung für

Jugend und Sport machen willst, darfst Du bis zum vollendeten 30. Altersjahr Jugendurlaub beziehen. Und zwar unabhängig von Deiner Leistung im Betrieb oder in der Schule. Das entsprechende Gesuch musst Du mindestens zwei Monate vor dem Kurs bei Deinem Arbeitgeber einreichen. Dieser muss Dir für diese Zeit keinen Lohn bezahlen. Du bekommst nämlich Erwerbsersatz (EO), wenn du einen Kurs besuchst, der vom Kanton oder vom Bund organisiert ist. Du hast aber nur Anspruch auf maximal eine Arbeitswoche Jugendurlaub pro Jahr. Für weitere Aus- oder Weiterbildungen musst Du Ferientage beziehen.

Hast auch Du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 4
Das Lösungswort lautet: **VORFRUEHLING**



DEN PREIS, eine Übernachtung im Tessiner Hotel La Campagnola für zwei Personen, hat gewonnen: Silvia Schaefer, Rüfenacht BE. Herzlichen Glückwunsch!

kleine Geldspende	Editorial über den Effekt	11	Rosa Zukunft über den neuartigen Bau	exotische Gewürzmischung	Gesichtspunkt	Vorname einiger berühmter Männer	es bedeutet Schluss	langer, fetter Fisch	es hängt und wirbt	Ausblick, Rundblick	Personalpronomen	wie Romands die Aare nennen
Regional- liga, kurz		es bringt den Ton zurück	8	Grossvater	Ereignis, das Anstoss erregt		work bringt sie oft ins Schwitzen	Lehramt, abgekürzt	Wildkatze d. amerik. Kontinents		engl.: Tropfen	Alternative zu usw.
Schweizer Stadt, sehr touristisch	Internet-adresse v. Zypern			männl. Ente				1x1 d. Wirtschaft u. d. ...strafe f. Frauen				4
nicht weit entfernt		grosse Insel in Indonesien		röm. Zahlzeichen f. Vierzig	WC		engl. Adelstitel	gibt man sich bei der Ehe				Insel in der Karibik
CH-Auto-kenn-zeichen	Hauptstadt Norwegens			Grün in der Wüste	Dreifach-konsonant			grosse Familie von Kartenspielen				
5	Planet	Top-Level-Domain Italiens	franz.: man	so soll es gesünder sein	1		Anaconda an diesen von Rohr	10	Nickerchen wie in den USA bekannt		work über den trick-senden Fahrdienst	
Laubbaum mit abblät-ternder Rinde	Pflanze, heisst auch «Berühre mich nicht»			gebün-deltes Licht		persönl. Ausweis, Kürzel	Tochter einer Tante	tropischer Tanz	Ziegler über den der Mill-ionäre		Denkmal zum Ge-denken	2
Anzeige	trad. Schweizer Zirkus	teils stör-risches Lasttier	12	kleine Binnen-inseln	Kopf, franz. gesagt		man hatte sie vor der CD	schott. Tracht		Umlaut		jemandem Hochach-tung erweisen
Unterlage f. Gericht (mit c)	Ge-schmacks-richtung von Essig			nur in geringer Anzahl		Autokenn-zeichen v. Mendrisio	hoher Glocken-ton	Backup, Abk.	span.: sich	.i.i.u = soziales Umfeld	bibl. weibl. Vorname	
sie arbeitet im Gast-gewerbe		3	(Staats-) Haushalt			franz.: ein		Leib-eigener	jedesmal			6
							Zahlwort	9	innerer Schwung			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 23. März 2018

INSERAT

Lohn, Ferien, Zuschläge: Was steht mir zu?

Finden Sie es heraus – mit dem Mindestlohnrechner des GAV-Service.ch

So geht es: Finden Sie Ihren GAV über Ihre Branche oder ein Stichwort. Unter der Überschrift GAV-Mindestlohn wählen Sie im Mindestlohnrechner die Angaben aus, die am besten zu Ihnen passen. Darunter sehen Sie Ihre minimalen Ansprüche auf Monats- und Stundenlohn, Ferien, Anzahl bezahlter Feiertage sowie 13. Monatslohn.

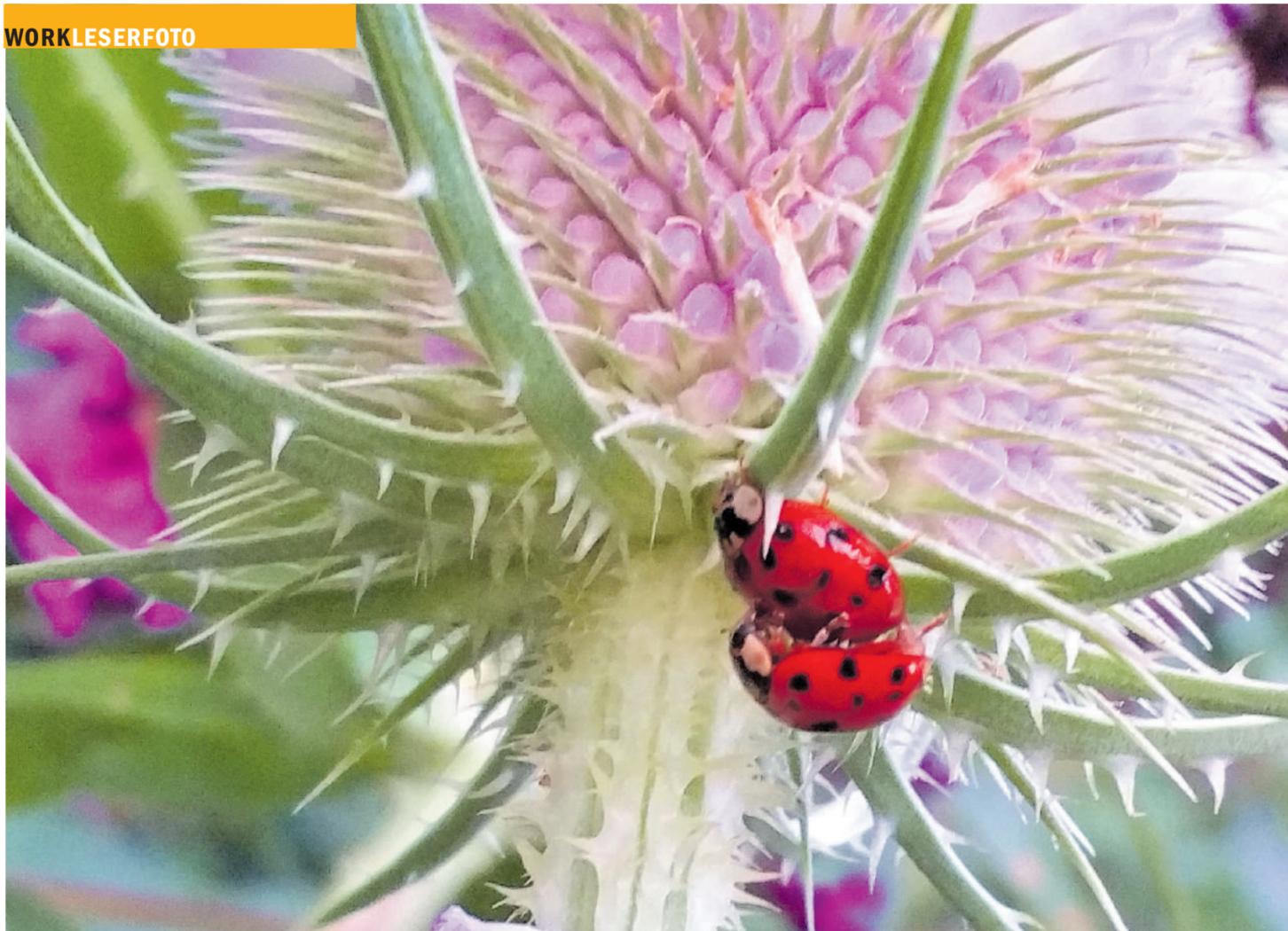
Was ist ein GAV?

Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ist ein Vertrag zwischen Gewerkschaften auf der einen Seite und Arbeitgeberverbänden oder einem Arbeitgeber auf der anderen. Er regelt die Arbeitsbedingungen und legt Mindeststandards fest: Mindestlöhne, 13. Monatslohn, Ferien, bezahlte Absenzen, Kündigungsfristen, Elternurlaub und vieles mehr.

Erfahren Sie alles rund um Ihre Arbeitsbedingungen: gav-service.ch



WORKLESERFOTO



Lust auf Frühling

WANN 31. Juli 2016
WO Birsfelden
WAS Marienkäfer
Eingesandt von Caroline Wick, Birsfelden BL

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 4 / 2.3.2018: STATT VORWÄRTS GEHT'S JETZT WIEDER RÜCKWÄRTS

Zeit für eine Demo für 50+

Es wird höchste Zeit, auch eine Demo zu machen gegen die Arbeitslosigkeit 50+. Das ist auch ein sehr wichtiges Thema, und leider wird es von den Gewerkschaften wie von den Politikern nicht so ernst genommen.

FRANZISKA HULLIGER, VIA WEBSITE

WORK 4 / 2.3.2018: ARIANE GERBER: «UM VIELES MUSS MAN KÄMPFEN»

Ein wunderbarer Bericht

Ein toller Bericht, und ich wünsche Ariane Gerber viel Erfolg und Spass.

EMILIA KARLEN, VIA WEBSITE

Toll, einfach toll! Die Welt braucht noch mehr solche Persönlichkeiten wie sie.

MATHIAS SCHÄFER, VIA WEBSITE

Eine tolle Laufbahn, super hat sie das gemacht! Weiterhin alles Gute!

VRENI SCHNEIDER, VIA WEBSITE

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKFRAGE VOM 2.3.2018

Was sagen Sie zum Postauto-Bschiss?



DAS IST EINE SCHANDE!

Was Postauto heute ist, ist eine Schande. Für das, was die Personen in der Chefetage eingerichtet haben, wären wir längst hinter Gittern. Angefangen hat das Ganze schon mit Ulrich Gygi. Den Dörfern hat man mit grossem Jubel und Lohnerhöhungen bei den Chefs den Lebensnerv weggenommen, aber unsere Politiker schauten zu, und die Manager machen munter weiter.

MÄGGIE DUSS, MALOJA GR

GUT, KOMMT'S ANS TAGESLICHT

Gut, kommen diese kriminellen Taten endlich ans Tageslicht. Es bestätigt das, was wir in den letzten Jahren laufend haben erleben müssen.

FREDDY ZIMMERMANN, VIA WEBSITE

DIE ZERSTÖRUNG MUSS AUFHÖREN

Wann werden wir endlich begreifen, dass unsere Staatsbetriebe, nebst Autobahnen, Armee, Wasserversorgung, Spitälern, SRG usw., für alle, für die Gemeinschaft sind? Wann hören wir endlich auf, viele dieser Sachen derart zu zerstören?

PAUL DORN, ZÜRICH

SERVICE PUBLIC ODER PROFIT?

Wer hat schuld? Die Postchefin, die Geschäftsleitung von Postauto, der Verwaltungsrat oder gar das Bundesamt für Verkehr? Im Vordergrund stehen wie so oft einzelne Personen. Wer muss sein Amt zur Verfügung stellen? Ohne Zweifel stehen die Exponenten zu Recht im Fokus der Medien. Schliesslich sind Geschäftsleitung und Verwaltungsrat in

der Hierarchie die obersten Gremien. Doch was ist mit der Ursache? Ist die Organisationsform von halbstaatlichen Unternehmen wie der Post im schnell werdenden Wandel der Digitalisierung tatsächlich noch zeitgemäss? Einerseits soll das Unternehmen sich im Wettbewerb behaupten und andererseits Service public höchstens kostendeckend betreiben. Dies soll keine Entschuldigung für das Fehlverhalten bei Postauto sein, doch der Fall ist exemplarisch für das ansteigende Dilemma von halbstaatlichen Firmen mit Service-public-Garantie. Die Politik muss irgendwann Farbe bekennen: Sind ehemalige Monopolisten wie die Post, Swisscom und SBB staatliche Service-public-Unternehmen, oder sollen diese vollständig privatisiert und der Wettbewerb in diesen Sparten weiter intensiviert werden?

PASCAL MERZ, SURSEE LU

SCHULD IST DER PRIVATISIERUNGSWAHN

Warum so kompliziert? Eigentlich ist die Situation doch ganz einfach. Die Subventionen ungerechtfertigt umgebucht (oder umbuchen lassen) haben wohl die Kader bei der Postauto AG. Wer denn sonst? Doch sind sie auch die wahren Verantwortlichen für den Schlamassel? Ich zweifle daran: Die wahren Verantwortlichen sitzen im Bundeshaus. Es war nämlich die rechte Mehrheit (und leider auch ein paar «Halblinke») in den Räten, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht genug nach «Privatisierung» und «Markt» schreien konnten. Dieser Privatisierungswahn ist schuld daran, dass die Dienstleistungen für die Kundinnen und Kunden immer schlechter werden und gleichzeitig die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden immer prekärer. Man sollte jetzt den Postauto-Bschiss aufarbeiten, dann aber schleunigst abfahren mit dem Privatisierungswahn, nicht nur bei den Postautos.

GIAN MOSER, CHUR

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

1. Kleidervorschriften im Job
Zu was darf Sie Ihr Chef nicht machen?

- a) zum Affen?
- b) zur Schnecke?
- c) zum Chlaus?
- d) zur Sau?

2. Lohngleichheit
Was kommt Ihnen spanisch vor?

- a) die Sauce der Nierli?
- b) das Salz der Nüssli?
- c) die Angst der Männer?
- d) der Streik der Frauen?



FOTO: FOTOLIA

3. Weltsozialforum
Wo findet es dieses Jahr statt?

- a) Sandra da Bahia?
- b) Sascha da Bahia?
- c) Salvador da Bahia?
- d) Samir da Bahia?

4. Politik
Was macht die Gewerkschaft IG Metall?

- a) Nägel mit Köpfen?
- b) Köpfe mit Nägeln?
- c) Füsse mit Nägeln?
- d) Nägel ohne Füsse?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a: besonders richtig; 1b: 2d: 3c; 4a

Das war der Frauentag in Bern, Aarau und Delémont Lohngleichheit. Punkt. Schluss.

Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, gingen in der Schweiz Tausende Frauen (und Männer) auf die Strasse.

SABINE REBER

Seit 37 Jahren ist die Lohngleichheit in der Bundesverfassung verankert. Doch noch immer warten wir auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wenn es im bisherigen Schneckentempo weitergeht, werden wir auch noch bis 2079 warten müssen. «Spinnt's euch?» fragten die Frauen in Bern am 8. März auf ihrem Transparent. Sie forderten «Lohngleichheit. Punkt. Schluss.» Die Frauen (und Männer) protestierten auch gegen den Entscheid der (Herren) Ständeräte, die sowieso schon zahllosen Massnahmen des Bundesrates gegen die Lohndiskriminierung in den Firmen an die Kommission zurückzuschicken und somit nichts zu tun. In ihren flammenden Reden heizten SGB-Frauensekretärin Regula Bühlmann und SEV-Frau Lucie Waser dem Publikum ein.

HÄSSIGE AARGAUERINNEN

Das Berner Stadtparlament seinerseits setzte am Weltfrauentag ein Zeichen: Es nahm die Motion von Juso-Chefin Tamara Funicello an. Sie hatte gefordert, dass die Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung am 8. März frei erhalten – so lange, bis es keine Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern mehr gibt. Das gleiche Anliegen hatten auch drei St. Galler Politikerinnen vorgebracht (work berichtete).

Im Kanton Aargau hat die Rechte das Kantonale Gleichstellungsbüro über Jahre richtiggehend ausgehungert. Jetzt wird es geschlossen. Das trieb am 8. März in Aargau Hunderte Frauen (und Männer) auf die Strasse. Auch die Nationalrätinnen Irène Kälin (Grüne) und Yvonne Feri (SP) protestierten mit. Auf der Bühne sagte Kälin: «Es ist traurige Realität, dass es Kühe heute im Bundeshaus einfacher haben, auf ihre Kosten zu kommen, als Frauen.» Feri ihrerseits bezeichnete den Entscheid des Ständerates über die Lohngleichheitsvorlage als eine Ohrfeige für alle Frauen.

ERFOLG IN DELÉMONT

Rund 100 Männer und Frauen versammelten sich in Delémont und feierten die Einreichung der jurassischen Lohngleichstellungsinitiative. Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corinne Schärer gratulierte den Initiantinnen und Initianten und sagte: «Euer Erfolg zeigt, dass es möglich ist, für die Lohngleichheit in kurzer Zeit viele Unterschriften zu sammeln!» Das mache Mut, um auch auf nationaler Ebene eine entsprechende Initiative zu lancieren. Und sie hielt fest: «Es gibt schlicht keine Alternative zu den Lohnkontrollen!» Als nächstes gelte es nun, die Lohngleichheitsdemo vom 22. September zu organisieren und auf nationaler Ebene vorwärtszumachen mit der Lohngleichheitsinitiative des Gewerkschaftsbundes (SGB). Als weiteren Schritt werde über einen neuen Frauenstreik geredet.



BERN: Genug gewartet! Frauen fordern Lohngleichheit, jetzt.
FOTO: MARIA BURKI



BERN: Sabine Szabo. FOTO: MJK



BERN: Amelie (4) und Elisa (8). FOTO: MJK



DELÉMONT: Corinne Schärer, Unia-Geschäftsleitungsmitglied.
FOTO: JOEL SCHWEIZER



BERN: Michèle Meyer.
FOTO: MJK



DELÉMONT: «Weder Dienstmädchen noch Nonne noch dumm!» FOTO: STÖH GRÜNING



AARAU: Mia Jenni, Co-Präsidentin Juso Aargau. FOTO: KEYSTONE



AARAU: Zuvorderst mit dabei sind die Nationalrätinnen Yvonne Feri (SP, zweite v.l.), Irène Kälin (Grüne, vierte v.l.). FOTO: KEYSTONE

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____
 work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinc@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden, annesophiezb@workzeitung.ch **Mitarbeitet an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahmi, Andreas Rieger, Clemens Studer, Michael Stötzel, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebecco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.